

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Auf der Flucht: 3,4 Millionen Pakistani wurden bisher gezwungen, alles Hab und Gut binnen weniger Stunden aufzugeben (Flüchtlingslager bei Rostum. Foto Atif Mumtaz)

Pakistan: US-Strategie einer Eskalation der Kämpfe

In den Bürgerkrieg getrieben

Der Feldzug der pakistanischen Streitkräfte gegen die Taliban in drei Bezirken der Nordwest-Grenzprovinz, von Präsident Asif Ali Zardari mit der ihm eigenen rhetorischen Masslosigkeit zum «totalen Krieg» erklärt, geht seinem vorläufigen Ende entgegen. Ob die Kämpfe in zwei bis drei Tagen abgeschlossen sind, wie manche pakistanischen Politiker und Militärs verkünden, oder in drei bis vier Wochen, wie Vorsichtiger meinen, ist dabei nur von geringer Bedeutung. Wichtig ist hingegen die Feststellung, dass diese militärische Kampagne das erklärte Ziel – den Taliban einen entscheidenden Schlag zu versetzen oder sie gar «auszulöschen» – nicht erreichen wird.

Von Knut Mellenthin

Die Offensive der Streitkräfte gegen das Untere Dir begann am 26. April 2009, der Angriff auf Buner folgte am 28. April, und seit dem 8. Mai wird auch in der regionalen Taliban-Hochburg, dem Bezirk Swat, gekämpft. Insgesamt dauert dieser Feldzug also jetzt schon Wochen – sehr viel länger, als Politiker und Militär anfangs versprochen hatten. Das liegt vor allem daran, dass sich die Streitkräfte zunächst auf massive Luftangriffe beschränkten und sich eine Menge Zeit liessen, bevor sie die Stellungen der Taliban auch mit Bodentruppen angriffen. Diese bekamen dadurch die Chance, ihre stärksten Kräfte zurückzuziehen und weitgehend zu erhalten. Sie jetzt noch aufzuspüren, dürfte weitgehend unmöglich sein.

Entvölkerung des Nordwestens

Riesig ist die Zahl der Flüchtlinge. Der Informationsminister der Nordwest-Grenzprovinz, Mian Iftikhar Hussain, gab sie am 29. Mai mit insgesamt 3,4 Millionen an. Davon entfielen 2,8 Millionen auf die drei Be-

zirke der Provinz, in denen die Kämpfe der letzten Wochen stattfanden. Weitere 600 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus der Region und vor allem aus den sogenannten Stammesgebieten waren schon vor Beginn der Offensive registriert gewesen.

Die Regierung versucht jetzt, die Flüchtlinge aus Buner und Unter-Dir zur Rückkehr zu bewegen, da sich die Lage dort schon «normalisiert» habe. Das stimmt zum einen nicht, was etwa die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Gas und Strom betrifft. Der Appell trifft aber auch auf Misstrauen, was die dauerhafte politische Stabilisierung in den Bezirken angeht. Selbst die Behördenangestellten, von denen die meisten mit ihren Familien geflüchtet waren, verhalten sich gegenüber der Anordnung, sofort wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, in der Regel noch abwartend.

Viele Flüchtlinge fürchten, dass die Regierung in ein paar Monaten erneut Militäroperationen für erforderlich halten könnte und dass dann wiederum die Vertreibung droht. In Swat zum Beispiel hatte die letzte Offensive der Regierungskräfte gerade erst im November/Dezember 2007 statt-

gefunden. Schon damals waren einige Hunderttausend Menschen zur Flucht gezwungen worden. Ebenso wie jetzt hatte die Regierung einen durchschlagenden Erfolg, die restlose und endgültige «Säuberung» des Bezirks von allen «Übeltätern» und «antisozialen Elementen» verkündet.

Magere humanitäre Hilfen

Die pakistanische Regierung, die sich ohnehin am Rande des Staatsbankrotts bewegt, hatte vor Beginn ihrer Militäroffensive überhaupt keine praktischen Vorsorgemassnahmen für die absolut voraussehbare, ja sogar strategisch erwünschte riesige Flüchtlingswelle getroffen.

Aber auch die vergleichsweise reichen Länder des Westens, die die pakistanische Regierung zu dem militärischen Konfrontationskurs angetrieben hatten und die dem Feldzug vom ersten Moment an applaudierten, erweisen sich bei der Abmilderung der Folgeschäden extrem knauserig.

Jedenfalls sah sich UN-Generalsekretär Ban Ki-moon veranlasst, vor einer «destabilisierenden Sekundärkrise» zu warnen. Das menschliche Leid der pakistanischen Flüchtlinge sei «ungeheuer gross». Es handle sich um eine der raschesten und grössten Fluchtbewegungen, die die Welt in den letzten 15 Jahren erlebt habe, sagte der Südkoreaner. Aber von den 543 Millionen US-Dollar, die die Weltorganisation als Soforthilfe für erforderlich hält, gebe es bisher lediglich für ein Fünftel (118 Millionen) feste Zu-

Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

32. Jahrgang
Nr. 2 – 2009
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Jugoslawien: Jahrestag des NATO-Angriffs	2
Nahost: Avnery und Chomsky kommentieren Obama	3
Afghanistan: Katastrophale Lage der Frauen	4
Auch nach den Jubelfeiern: Stoppt die NATO!	5
«Spionage»: Fidel Castro über schlechte Verlierer	6
Waffenausfuhr: Die Lügen des Bundesrates	7
Vietnam: Der kleine Tiger	8

Ohne Geld keine (Unsere) Welt

Geschätzte Leserin und geschätzter Leser, falls Sie Ihr Abonnement für diese Zeitung bereits bezahlt haben, brauchen Sie diesen Artikel nicht weiter zu lesen. Sie können sich unbesorgt den gewohnten Informationen über Friedenskämpfe und Freiheitsbestrebungen zuwenden.

Für alle anderen liegt dieser Nummer ein Einzahlungsschein bei, mit der Bitte, den ausstehenden Abonnementsbeitrag von Fr. 12.– zu bezahlen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen weiterhin exklusive Artikel zu bieten, welche sie anderswo in dieser Form nicht lesen können.

Gewiss, Sie erhalten von uns nicht immer bequeme Informationen und manchmal stehen sie auch quer zu den gängigen Medien-Wahrheiten. Ganz in der Tradition von Bertold Brecht, der den Zweifel lobte.

Während mehr als 30 Jahren hat die Schweizerische Friedensbewegung eine Zeitung herausgegeben ohne je ein einziges bezahltes Inserat zu veröffentlichen! Dies ist nur dank einem Team von freiwilligen Mitarbeitern und dank den vielen kleinen und auch grösseren Spenden möglich gewesen.

Unsere Welt existiert ausschliesslich durch die Solidarität ihrer Leserinnen und Leser!

Zur Zeit sind unsere Abonnements-einnahmen allerdings geringer als die Kosten, welche die Produktion und der Vertrieb von Unsere Welt verursachen. Wir sind deshalb gezwungen zu sparen. Ansonsten gefährden wir die Herausgabe unserer Zeitung. In dieser Situation steht als Sparmassnahme der Verzicht auf Gratiszustellungen an erster Stelle.

Das heisst: Wer jetzt das Abonnement nicht bezahlt, bekommt auch keine Zeitung mehr. Angesichts des heute allgemein verbreiteten medialen Einheitsbreis und unseres bescheidenen Abonnementspreises eigentlich schade.

Also: Geben Sie sich einen Ruck, benutzen Sie den beiliegenden Einzahlungsschein, bezahlen Sie die 12 Franken und feiern Sie mit uns das 60 jährige Bestehen der Schweizerischen Friedensbewegung.

Ihr Unsere Welt Team

Indianerlis?

Sie erinnern sich. Da war ein deutscher Finanzminister mit dem Indianer und Kavalerie Vergleich im Zusammenhang mit dem schweizerischen Bankgeheimnis und der Steuerflucht. Da war auch ein SPD Vorsitzender der, zwar an einer Karnevalsveranstaltung, aber halt doch von «früher» und von «Einmarschieren» sprach. Auch ihm ging es um entgangene deutsche Steuereinnahmen. Die populistischen Sprüche hier zu wiederholen ist nicht nötig. Interessieren sollte uns die Reaktion der schweizerischen Massenmedien. Diese kolportierten die Aussagen mit Genuss und machten nicht mehr als eine Skandalnudelgeschichte daraus. Der Effekt in breiten Schichten der Bevölkerung reichte von Empörung um das unflätige Benehmen (zu recht!), über Protest gegen den Angriff auf schweizerische demokratische Rechte (zu recht!), bis zur Verteidigung des Bankgeheimnisses (zu recht???)

Dieses Bankgeheimnis ist unter anderem ein altes Instrument zur Zwischenlagerung von Fluchtgeldern aus den ärmsten Ländern dieser Welt. Diktatoren und Despoten, die ihr eigenes Volk ausplündern, können so, mit Hilfe ihrer westlichen Drahtzieher, ihre Beute in ein sicheres Versteck bringen. Aber auch internationale Drogenbosse haben in der Vergangenheit diese Einrichtung verwendet. Sicher: Einiges ist in den letzten Jahren ans Tageslicht gekommen, Konten wurden gesperrt und ein paar lächerliche Beträge an einzelne Länder zurückbezahlt. Auch wurden strengere Regeln eingeführt. Aber genügt dies, um ein solches System zu verteidigen?

Wir meinen: Weg mit dem Bankgeheimnis in der Schweiz und auch anderswo. Schluss mit der Ausplünderung der armen Völker. Schluss mit der Hehlerei.

Falls Sie uns mit einer Spende unterstützen möchten, können Sie dies bedenkenlos tun. Wir machen aus unserer Solidaritätsarbeit kein Geheimnis.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

sagen. «Wenn wir den Rest der Kosten nicht hereinbekommen, werden wir anfangen müssen, unsere Hilfsmassnahmen zu reduzieren, was noch mehr Elend hervorrufen und das Land Gefahren aussetzen würde», warnte der Chef der Vereinten Nationen. Zum Teil werden die so entstandenen Lücken in der Unterstützung der Flüchtlinge durch die fundamentalistisch-religiösen Parteien und durch karitative Hilfsorganisationen, die mit den Taliban und anderen islamistischen Gruppen verflochten sind, gefüllt, was im Sinn der Ziele dieses Feldzugs selbstverständlich äusserst unerwünscht und kontraproduktiv ist.

Besonders erstaunlich ist, dass die US-Regierung nicht sofort in grossem Umfang helfend eingesprungen ist, obwohl sie mehr als alle anderen die pakistanischen Politiker und Militärs zu ihrer Offensive in der Nordwestprovinz gedrängt hatte. US-Aussenministerin Hillary Clinton sprach von 110 Millionen Dollar, welche die USA für die Versorgung der Flüchtlinge bereitgestellt hätten – und fand diese Summe offenbar nicht nur ausreichend, sondern geradezu grosszügig.

Obama fordert Ausweitung

Die Regierung in Islamabad behauptet, es handle sich bei dem Feldzug gegen die Taliban in Swat und den benachbarten Bezirken um das «Überleben» Pakistans. «Die Nation kann es sich nicht leisten, diesen Krieg um ihr eigenes Überleben zu verlieren», heisst es von Präsident Zardari. «Wir können uns nicht erlauben, den Krieg zu verlieren, und wir werden ihn mit Gottes Hilfe gewinnen. Anderenfalls steht das Überleben des Landes auf dem Spiel», bläst Premierminister Gilani ins gleiche Rohr.

Sachlich steht diese These auf wackligen Füßen. Die Stärke der Taliban ist ihre Verbindung zu Teilen der paschtunischen Bevölkerung in der Nordwest-Grenzprovinz und den Stammesgebieten. Jenseits des Nordwestens sind ihr Einfluss und ihre militärischen Möglichkeiten, aber auch ihre Ambitionen gering. Das Horrorszenerario, die fundamentalistischen Kämpfern stünden 100 Kilometer vor Islamabad, ist zwar propagandistisch ergiebig – besonders ausserhalb Pakistans –, täuscht aber über die Realität hinweg.



Camp für Flüchtlinge aus Buner. Foto Atif Mumtaz

Die These vom Überlebenskampf stellt ein Zugeständnis an die US-amerikanische Propaganda dar – und liefert damit Pakistan völlig der regionalen Eskalationsstrategie der Obama-Regierung aus. Der hochgradig ideologisierte Begründungszusammenhang schliesst es weitgehend aus, die militärische Konfrontation nach der mehr oder weniger vollständigen Vertreibung der Taliban aus Swat, Buner und Unter-Dir für abgeschlossen zu erklären oder zumindest vor weiteren Operationen im Nordwesten eine längere Ruhepause einzulegen.

Die US-Regierung, die Pakistan mit Erfolg auf den Weg eines langen, destabilisierenden Bürgerkrieges gedrängt hat, erwartet dessen Ausweitung – und wird sich damit wahrscheinlich durchsetzen, zumal das Land finanziell und wirtschaftlich auf Jahre hinaus am Tropf hängt. Das wird durch eine Fortsetzung des Bürgerkrieges allerdings noch verschlimmert, so dass ein Teufelskreis garantiert ist.

Der britische Sender BBC veröffentlichte am 13. Mai online eine Übersicht über die Situation in allen Verwaltungseinheiten der Nordwest-Grenzprovinz und der Stammesgebiete. Dieser Aufstellung zufolge befanden sich nur 38 Prozent der Bevölkerung des Gebiets, das etwas grösser ist als Portugal und ungefähr 26 bis 27 Millionen Einwohner hat, vollständig unter Regierungskontrolle. Auf 24 Prozent dieses Territoriums hätten derzeit die Taliban die Macht und auf weiteren 38 Prozent gebe es eine «ständige Präsenz» der fundamentalistischen Kämpfer. Von den sieben Bezirken der Stammesgebiete stehen laut BBC vier unter der Herrschaft der Taliban, während sie in dreien ihre Anwesenheit durch militärische Aktionen demonstrieren.

Für das Verständnis der Lage nicht unwichtig ist, dass der pakistanische Nordwesten keineswegs nur aus menschenleeren Berglandschaften besteht, sondern sehr viel dichter besiedelt ist als das benachbarte Afghanistan. Während dieses nur eine Bevölkerungsdichte von 46 Einwohnern pro Quadratkilometer aufweist, sind es 137 in den Stammesgebieten und sogar 260 im Nordwesten. Diese Region insgesamt hat nicht sehr viel weniger Einwohner als Afghanistan (27 zu 32 Millionen), obwohl sie nur ein Sechstel der Fläche des Nachbarlandes einnimmt.

Nächste Provinz: Wasiristan

Hinzu kommt, dass der bewaffnete Kampf beiderseits der Grenze immer noch fast ausschliesslich von den Paschtunen getragen wird. Angehörige dieses Volkes gibt es in Afghanistan ungefähr 13 Millionen, in Pakistan jedoch 28 Millionen. Mehr als eine Million Paschtunen leben in der Hafenstadt Karatschi, der Hauptstadt der Provinz Sindh, wo sich inzwischen Wirkungen der fundamentalis-

tischen Agitation bemerkbar machen. Auch im Norden der Provinz Balutschistan, die an die Nordwest-Grenzprovinz und die Stammesgebiete grenzt, gibt es Hunderttausende Paschtunen.

Die militärischen Aufgaben, vor denen sich die pakistanischen Streitkräfte gestellt sähen, wenn sie wirklich auf dem gesamten Territorium der Nordwest-Grenzprovinz und der Stammesgebiete einen «totalen Krieg» eröffnen wollten, wären daher keineswegs geringer und einfacher als die der USA und ihrer Verbündeten in

Afghanistan. Die sind zwar für einen solchen Krieg sehr viel besser ausgerüstet und ausgebildet als die Pakistani, haben es aber trotzdem in über sieben Jahren nicht geschafft, die Ausbreitung des Taliban-Einflusses auf immer weitere Teile Afghanistans zu verhindern.

Die gängige Sicht oder Darstellung westlicher Politiker und Mainstreammedien, es habe bisher allen pakistanischen Regierungen lediglich am Willen gefehlt, mit militärischer Gewalt gegen die Taliban vorzugehen, ist vor diesem Hintergrund falsch und ihrer Absicht nach infam. Tatsächlich hat Pakistan sich schon seit 2003 immer wieder von den USA dazu drängen lassen, die jahrzehntlang relativ erfolgreich praktizierte Strategie der friedlichen Koexistenz mit den Stämmen des Nordwestens, einschliesslich fundamentalistischer Gruppen, partiell aufzugeben und unter Bruch bestehender Abmachungen Militär einzusetzen. Da die politische und militärische Führung aber gleichzeitig versuchte, die schon von der früheren britischen Kolonialmacht praktizierte Methode der Verträge und Bündnisse mit einzelnen Stämmen und Organisationen fortzusetzen, funktionierte letztlich weder das eine noch das andere.

Trotzdem ist festzustellen, dass der faktische Waffenstillstand mit den massgeblichen Taliban-Organisationen in den Stammesgebietbezirken Nord- und Südwasiristan immer noch einigermaßen funktioniert. Die US-Regierung scheint heftig darauf zu drängen, dass die pakistanischen Streitkräfte spätestens nach Abschluss ihrer Offensivoperationen in Swat, Buner und Unter-Dir gegen Wasiristan vorgehen, das als eigentliches Zentrum der Taliban gilt. Die beiden Bezirke sind zusammen etwas grösser als das derzeitige Operationsgebiet in der Nordwest-Grenzprovinz, haben allerdings nur knapp eine Million Einwohner. Es wird jetzt schon prognostiziert, dass die Ausweitung des von Zardari verkündeten «totalen Krieges gegen den Terror» auf Wasiristan 500 000 neue Flüchtlinge zur Folge haben würde. Vermutlich würde eine Offensive dort auch andere Bezirke der Stammesgebiete in Mitleidenschaft ziehen. Darunter Bajaur, wo die Regierungstruppen vor wenigen Monaten eine militärisch erfolgreiche Kampagne durchführten, die als Begleiterscheinung 600 000 Menschen zeitweise zu Flüchtlingen machte. Inzwischen ist Bajaur, wenn man der oben erwähnten Zusammenstellung der BBC glauben darf, wieder fest in der Hand der Taliban.

Grossflächiger Bürgerkrieg

Es ist schwer vorstellbar, dass ein «totaler Krieg» auf dem gesamten Territorium der Nordwest-Grenzprovinz und der Stammesgebiete, möglicherweise sogar unter Einbeziehung einiger überwiegend paschtunischer Gebiete im Norden Balutschistans und in der Provinz Punjab, letztlich etwas anderes hervorrufen wird als eine vertiefte politische und wirtschaftliche Destabilisierung Pakistans. Perspektivisch wird dann eine direkte militärische Intervention der USA und vielleicht auch anderer NATO-Staaten kaum zu vermeiden sein. Möglich, dass genau das die langfristige Absicht einiger Kräfte ist, die alles tun, um Pakistan in einen grossflächigen Bürgerkrieg zu treiben.

(Quelle: junge Welt, mit freundlicher Genehmigung des Autors)

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
10. Juni 2009

Redaktionsschluss 3/09
26. August 2009



Die kleine Schweizer Delegation in Belgrad im Gespräch mit dem Journalisten Jürgen Elsässer (2. v. l.). Bild zvg.

NATO-Bombardierung von Serbien

Kundgebung zum Jahrestag

Anlässlich des zehnjährigen Jahrestages des Beginns der Bombardierung Serbiens und Montenegros durch die NATO fand am 24.3.09 in Belgrad eine Demonstration mit internationaler Beteiligung statt.

Von Kaspar Trümpy

Drei kleine serbische Organisationen, darunter die Volksvereinigung Serbiens, eine dem ICDSM (International Committee to Defend Slobodan Milosevic) nahe stehende Organisation, organisierte unter Mitwirkung der deutschen Sektion des ICDSM in Belgrad die grösste Anti-NATO Kundgebung in Serbien.

Am Nachmittag des 24. März standen auf dem Studenten-Platz ein gutes Duzend Polizeiwagen mit zahlreichen Polizisten in Bereitschaft, sonst deutete nichts auf den historischen Tag hin. Ein Serbe bemerkte, wir Europäer machten ein grösseres Aufheben um die Bombardierung, das sei nun auch nichts Spezielles gewesen. Diese zynische Haltung wird durch die weitgehend westlich kontrollierten Medien in Serbien befördert. Die zerstrittene Radikale-Partei trat nicht aktiv auf, nur noch Vojislav Koštunica führte eine grössere geschlossene Gedenkveranstaltung durch.

Um 19 Uhr begann auf dem Platz der Republik unsere gut besuchte Veranstaltung. Wir zwei Schweizer entrollten ein Transparent der schweizerischen Friedensbewegung. Deutsche Anti-NATO Transparente waren zu sehen, griechische Kommunisten standen auf dem Platz. Unzählige serbische Fahnen wurden geschwenkt, auch die jugoslawische Flagge und Milošević-Bilder waren zu sehen. Die Polizei sprach von 5000 Teilnehmern.

Während gut drei Stunden traten Redner aus Serbien, Russland, den USA und Deutschland auf. Einer der wenigen Serben, der es wagte aufzutreten, war Praxis-Philosoph Mihailo Markovic. Vier russische Redner sprachen, darunter Duma Mitglieder sowie Leonid Iwaschow, der 1999 als General jene russischen Fallschirmspringer kommandierte, die den Flughafen von Pristina besetzten. Alle beschworen die russisch-serbische Brüderlichkeit und Solidarität. Ex-US-Justizminister Ramsey Clark rief die Serben auf, ihre eigene Identität zu bewahren und nicht gänzlich der Yankee-Kultur zu verfallen. Klaus Hartmann vom deutschen sowie Vladimir Krsljanin vom serbischen ICDSM prangten das kriminelle Jugoslawien-Tribunal in Den Haag an.

Das Wetter war kalt, ein serbischer Patriot schenkte mir seinen Schal und Handschuhe, Adressen wurden ausgetauscht. Die serbischen Teilnehmer waren zufrieden. Auch unser SFB-Transparent wurde gebührend bewun-

dert. Man bekam einen Eindruck davon, wie verlassen sich die serbischen Patrioten fühlen müssen, angesichts der opportunistischen Haltung ihrer eigenen Regierung und infolge des weiter anhaltenden westlichen Drucks auf Serbien. Die internationale Unterstützung war sehr willkommen.

Die Polizei wurde aktiv, nachdem Provokateure der Organisation OB-RAZ auf der Veranstaltung mit primitiven Slogans gegen Albaner und Homosexuelle auf sich aufmerksam machten und anschliessend in der Stadt randalierten. Die Berichterstattung in den serbischen Massenmedien beschränkte sich denn auf die Schilderung dieser nebensächlichen Vorgänge.

Am 25. März besuchte eine Delegation, bestehend aus der kanadischen Rechtsanwältin Tiphaine Dickson und dem Schriftsteller Peter Handke, den ehemaligen RTS-Direktor und politischen Gefangenen Dragoljub Milanovic im Gefängnis von Počarevac. Die serbische Marionetten-Regierung verurteilte ihn zu zehn Jahren Gefängnis, da er 1999 trotz eines angekündigten Bombardements den Sendebetrieb aufrecht hielt, wobei 16 Menschen den Tod fanden. Tony Blair begründete das verbrecherische Bombardement der RTS-Studios damit, dass durch die Verbreitung von (wahren) Informationen durch das serbische Fernsehens Soldaten der NATO gefährdet worden seien!

Nach dem Besuch des Grabes von Slobodan Milošević im Garten seines Hauses durch die Teilnehmer der internationalen Delegation wurde im Gemeindesaal eine Versammlung abgehalten. Das weitere Vorgehen in der Sache Milanovic sowie der Stand der Klage gegen das Jugoslawien-Tribunal in der Sache Milošević wurden besprochen.

Teilnehmer aus dem Kosovo

Zum Abschluss lud der Bürgermeister die gut 70 Teilnehmer aus Serbien, Deutschland, den USA, Irland, Dänemark, der Schweiz und Kosovo (!) zu einem Nachtessen ein. Es wurde nochmals klar, wie wichtig die internationale Unterstützung für alle Serben ist, die sich dem Druck der Westmächte nicht beugen wollen. Die ganze Unternehmung kann als voller Erfolg gewertet werden.

(Kaspar Trümpy ist Mitglied des ICDSM Schweiz)

Uri Avnery zur Obama-Rede in Kairo

Der Ton macht die Musik

Die politische Botschaft war klar und eindeutig: die Zwei-Staaten-Lösung wird in die Tat umgesetzt. Er (Barack Hussein Obama) selbst will dafür sorgen. Die Siedlungsaktivitäten müssen gestoppt werden. Er sprach nicht wie sein Vorgänger nur über «Palästinenser», sondern nannte den ausdrücklichen Namen: «Palästina» – also den Namen eines Staates mit dem dazugehörigen Gebiet.

Von Uri Avnery

Ein Mann sprach zur Welt, und die Welt hörte ihm zu.

Er schritt zum Rednerpult in Kairo, allein, ohne Gastgeber und ohne Assistenten. Und er hielt vor einem Auditorium von Milliarden eine Predigt. Ägypter und Amerikaner, Israelis und Palästinenser, Juden und Araber, Sunniten und Schiiten, Kopten und Maroniten – sie alle lauschten ihm aufmerksam.

Er breitete vor ihnen die Karte einer neuen Welt aus, einer anderen Welt, deren Werte und Gesetze er in einfacher und klarer Sprache darstellte – in einer Mischung von Idealismus und praktischer Politik, von Vision und Pragmatismus.

Barack Hussein Obama – er legte deutlich Wert darauf, beim vollen Namen genannt zu werden – ist der mächtigste Mann der Erde. Jedes von ihm geäußerte Wort ist eine politische Tatsache.

«Eine historische Rede», verkündeten Kommentatoren in hundert Sprachen. Ich würde lieber ein anderes Adjektiv verwenden.

Die Rede war genau richtig.

Jedes Wort war an seinem Platz, jeder Satz präzise, jeder Ton in Harmonie. Das Meisterstück eines Mannes, der der Welt eine neue Botschaft bringt.

Vom allerersten Wort an spürte jeder Zuhörer in der Halle und in der Welt die Ehrlichkeit dieses Mannes, dass sein Herz und seine Zunge im Einklang waren, dass dies kein Politiker des alten und wohlbekanntesten Schlages ist – heuchlerisch, frömelnd, berechnend. Seine Körpersprache war eindeutig, genau so sein Gesichtsausdruck.

Deshalb war die Rede so bedeutsam. Die neue moralische Integrität und das Gefühl für Ehrlichkeit vermehrte die Wirkung des revolutionären Inhalts.

Und es war ganz gewiss eine revolutionäre Rede.

In 55 Minuten wischte sie nicht nur die acht Regierungsjahre von George W. Bush weg, sondern auch vieles der vorausgegangenen Jahrzehnte seit dem 2. Weltkrieg.

Das amerikanische Schiff drehte sich – nicht mit grosser Schwerfälligkeit, wie jeder erwartete, sondern mit der Wendigkeit eines Schnellboots.

Es ist mehr als nur ein politischer Wandel. Dies geht bis an die Wurzeln des amerikanischen Bewusstseins. Der Präsident spricht zu hundert Millionen amerikanischen Bürgern, genau so wie zu einer Milliarde Muslimen.

Die amerikanische Kultur gründet sich auf den Mythen des Wilden Westens – mit seinen guten und seinen bösen Kerlen, mit Gewalt im Dienste der Gerechtigkeit, Duellen in der Mittagssonne. Da sich die amerikanische Nation aus Immigranten aus aller Welt zusammensetzt, schien es, als bräuchte ihre Einigkeit einen die Welt bedrohenden bösen Feind wie die Nazis, die Japaner, die Kommunisten. Nach dem Kollaps der Sowjetherrschaft wurde diese Rolle dem Islam übertragen.

Der grausame, fanatische, blutdürstige Islam; der Islam als eine Religion des Mordes und der Zerstörung; der Islam, der nach dem Blut von Frauen und Kindern schreit. Dieser Feind hatte die Phantasie der Massen besetzt und versorgte die Medien – das Fern-

sehen und die Filme – mit Stoff. Er lieferte Vorlesungsthemen für gelehrte Professoren und inspirierte Schriftsteller der Populärliteratur. Das Weisse Haus war von einem Schwachkopf besetzt, der einen weltweiten «Krieg gegen den Terrorismus» erklärte.

Umriss einer Weltverfassung

Wenn Obama jetzt diesen Mythos mit der Wurzel ausreißt, revolutioniert er die amerikanische Kultur. Er wischt das Bild des einen Feindes weg, ohne ein anderes an seine Stelle zu setzen. Er predigt gegen die gewalttätige, feindselige Haltung selbst und bemüht sich, sie durch eine Kultur der Partnerschaft zwischen Nationen, Zivilisationen und Religionen zu ersetzen.

Ich sehe Obama als den ersten grossen Botschafter des 21. Jahrhunderts. Er ist das Kind eines neuen Zeitalters, in dem die Wirtschaft global ist und die ganze Welt sich einer existenzbedrohenden Gefahr gegenüber sieht, sie durch eine Kultur der Partnerschaft zwischen Nationen, Zivilisationen und Religionen zu ersetzen.

Diese Welt braucht ein Weltgesetz, eine Weltordnung, eine Weltdemokratie. Deshalb war diese Rede wirklich historisch: Obama skizzierte die grundlegenden Umriss einer Weltverfassung.

Nationalismus des 21. Jahrhunderts

Während Obama das 21. Jahrhundert proklamiert, kehrt die Regierung Israels ins 19. Jahrhundert zurück.

Es war das Jahrhundert, in dem ein enger egozentrischer, aggressiver Nationalismus in vielen Ländern Wurzel fasste. Es war das Jahrhundert, das Nationen die Legitimität zusprach, Minderheiten zu unterdrücken und benachbarte Staaten zu unterwerfen. Es war das Jahrhundert, das den modernen Antisemitismus hervorbrachte und als Antwort darauf – den modernen Zionismus.

Obamas Vision ist nicht anti-national. Er sprach voller Stolz über die amerikanische Nation. Aber sein Nationalismus ist von anderer Art: ein inklusiver, multikultureller und anti-sexistischer Nationalismus, der alle Bürger eines Landes einschliesst und andere Nationen respektiert.

Dies ist der Nationalismus des 21. Jahrhunderts, der langsam übernationale, regionale und weltweite Strukturen annimmt.

Verglichen damit, wie miserabel sieht da doch die geistige Welt der israelischen Rechten aus! Wie miserabel ist die gewalttätige, fanatisch-religiöse Welt der Siedler, das chauvinistische Ghetto von Netanyahu, Lieberman und Barak, die rassistisch-faschistisch verschlossene Welt ihrer Kahane-Verbündeten!

Man muss diese moralische und spirituelle Dimension von Obamas Rede verstehen, bevor man noch seine politischen Implikationen betrachtet. Nicht nur in der politischen Sphäre sind Obama und Netanyahu auf Kollisionskurs. Die Hauptkollision geschieht zwischen zwei geistigen Welten, die so verschieden sind wie Sonne und Mond.

In Obamas geistiger Welt gibt es keinen Platz für die israelische Rechte und ihre Äquivalente anderswo. We-

der was ihre Terminologie noch ihre «Werte» betrifft und am wenigsten ihre Aktionen.

Auch in der politischen Sphäre hat sich eine riesige Kluft zwischen den Regierungen Israels und der USA gebildet.

Während der letzten paar Jahre haben auf einander folgende israelische Regierungen die Islamophobie, die sich in der westlichen Welt ausbreitete, geschickt zu ihren Zwecken ausgenutzt. Die islamische Welt wurde als tödlicher Feind betrachtet, Amerika galoppierte verbissen auf den «Kampf der Kulturen» zu, jeder Muslim wurde zum potentiellen Terroristen.

Die führenden Kräfte vom israelischen rechten Flügel konnten feiern. Schliesslich sind die Palästinenser Araber, und die Araber sind Muslime, die Muslime sind Terroristen – so dass Israel als der zentrale Ort im Kampf der Söhne des Lichts gegen die Söhne der Finsternis galt.

Es war ein Paradies für rassistische Demagogen. Avigdor Lieberman konnte die Vertreibung der Araber aus Israel befürworten; Ellie Yishai konnte Gesetze für die Ausserkraftsetzung der Staatsbürgerschaft von Nicht-Juden erlassen, obskure Knessetmitglieder konnten mit Programmen Schlagzeilen machen, die so aussahen, als seien sie in Nürnberg inspiriert worden.

Dieses Paradies gibt es nicht mehr. Ob sich nun die Auswirkungen schnell oder langsam realisieren – die Richtung ist offensichtlich. Wenn wir auf unserem Weg weitergehen, werden wir eine Aussätzigenkolonie.

Mit Respekt aufgenommen

Der Ton macht die Musik – und dies gilt auch für die Worte des Präsidenten, die er über Israel und Palästina gesagt hat. Er sprach ausführlich über den Holocaust – ehrliche und mutige Worte, voller Empathie und Mitleid, die von den Ägyptern schweigend, aber mit Respekt aufgenommen wurden. Er betonte Israels Existenzrecht, und ohne Pause dazwischen sprach er über das Leiden der palästinensischen Flüchtlinge, über die unerträgliche Situation der Palästinenser im Gazastreifen, die palästinensischen Hoffnungen auf einen eigenen Staat.

Er sprach auch respektvoll über die Hamas – nicht mehr als «terroristischer Organisation», sondern als einem Teil des palästinensischen Volkes. Er verlangte, dass es Israel anerkennen und der Gewalt abschwören solle, aber deutete auch an, dass er eine palästinensische Einheitsregierung willkommen heissen würde.

Die politische Botschaft war klar und eindeutig: die Zwei-Staaten-Lösung wird in die Tat umgesetzt. Er selbst will dafür sorgen. Die Siedlungsaktivitäten müssen gestoppt werden. Er sprach nicht wie sein Vorgänger nur über «Palästinenser», sondern nannte den ausdrücklichen Namen: «Palästina» – also den Namen eines Staates mit dem dazugehörigen Gebiet.

Und nicht weniger bedeutsam: der Iran war von der Agenda gestrichen, der Dialog mit Teheran als Teil der neuen Welt ist zeitlich nicht eingeschränkt worden. Ab jetzt kann keiner davon träumen, dass die Amerikaner ein Okay für einen israelischen Angriff geben.

Mehr als nur Worte

Wie hat das offizielle Israel reagiert? Die erste Reaktion war Leugnung. «Eine unwichtige Rede». «Da gab es nichts Neues», die Kommentatoren des Establishments pickten einzelne pro-israelische Sätze aus dem Text und ignorierten alles andere. Und schliesslich «Dies sind nur Worte. So

hat er geredet. Nichts wird daraus kommen.»

Das ist Unsinn. Die Worte des Präsidenten der USA sind mehr als nur Worte. Es sind politische Fakten. Sie verändern die Vorstellungen von hundert Millionen. Die muslimische Öffentlichkeit hörte zu. Die US-amerikanische Öffentlichkeit hörte auch zu. Es wird einige Zeit dauern, bis die Botschaft durchsickern wird. Aber nach seiner Rede wird die Pro-Israel-Lobby nicht mehr dieselbe sein wie davor. Die Ära der «Foile Shtik» (jiddisch für raffinierte Tricks) ist vorbei. Die gerissene Unehrllichkeit eines Shimon Peres, die arglistigen Täu-

schungen eines Ehud Olmert, das süsse Gerede eines Netanyahu – sie gehören alle der Vergangenheit an.

Das israelische Volk muss nun entscheiden: ob es der rechts orientierten Regierung in eine unvermeidliche Kollision mit Washington folgen will, so wie die Juden vor 1940 Jahren, als sie den Zeloten in einen selbstmörderischen Krieg gegen Rom folgten, – oder ob sie sich Obamas Marsch in eine neue Welt anschliessen.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfis und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert und von der Redaktion mit Zwischentiteln versehen)

Obama und der Nahe Osten

Ein düsteres Bild

Doch nur Worte? Noam Chomsky, der streitbare Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technologie (MIT) zeigt sich weit skeptischer als Uri Avnery.

Von Noam Chomsky

In einer Schlagzeile auf CNN über die Kairoer Rede am 4. Juni stand vorab: «Obama will die Seele der muslimischen Welt erreichen». Vielleicht war dies wirklich die Absicht, die er hegte. Entscheidender aber ist: Was verbergte sich hinter der Rhetorik, oder genauer gesagt, was wurde weggelassen?

Wieder einmal pries Obama die Arabische Friedensinitiative. Die Araber sollten diese Initiative als «wichtigen Anfang» sehen, «jedoch nicht als das Ende ihrer Verantwortung», sagte er lediglich. Wie sollte die Obama-Administration sie sehen? Obama und seine Berater sind sich sicher bewusst, dass diese Initiative den seit langem bestehenden internationalen Konsens, der eine Zwei-Staaten-Lösung anhand der internationalen Grenze (wie sie vor Juni 1967 bestand) fordert, wiederholt – mit einigen «unwesentlichen und wechselseitigen Modifikationen», um es mit den Worten einer US-Regierung auszudrücken, die diese Aussage machte, bevor die USA, in den 70er Jahren, mit der Weltmeinung brachen und im UNO-Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine Resolution einlegte, die von den arabischen «Konfrontationsmächten» (Ägypten, Syrien und Iran) und im Stillen auch von der PLO unterstützt wurde. Diese Resolution war im Wesentlichen denselben Inhaltes wie die aktuelle Arabische Friedensinitiative, mit dem Unterschied, dass Letztere etwas weiter geht und die arabischen Staaten dazu aufruft, ihre Beziehungen zu Israel – im Rahmen dieser politischen Lösung – zu normalisieren. Obama rief die arabischen Staaten dazu auf, diese Normalisierung weiter voranzutreiben. Allerdings vermied er es tunlichst, die notwendige politische Lösung zu erwähnen, die ja eine Vorbedingung für die Normalisierung wäre. Die (Arabische) Initiative kann kein «Anfang» sein, wenn sich die USA weiter weigern, deren wesentliche Bedingungen zu akzeptieren oder auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Israels Gegenleistung

Dahinter steckt ein Ziel der Obama-Administration, das Senator John Kerry (Vorsitzender des «Foreign Relations Committee» des US-Senates) am klarsten formuliert hat. Es geht um das Schmieden einer Allianz zwischen Israel und den «moderaten» arabischen Staaten – gegen den Iran. Der Begriff «moderat» hat nichts mit dem Charakter dieser Staaten zu tun, sondern bezieht sich auf deren Bereitschaft, Forderungen der USA zu akzeptieren.

Was wird von Israel erwartet – als Gegenleistung für die Schritte der Araber zur Normalisierung der Beziehungen? Die stärkste, von der Obama-

Regierung zu diesem Punkt bislang vertretene Position besagt, dass Israel Phase I der Road Map von 2003 erfüllen soll. Dort steht: «Israel friert sämtliche Siedlungsaktivitäten ein (einschliesslich des natürlichen Siedlungswachstums).» Alle Seiten behaupten, die Road Map zu akzeptieren. Dabei wird übersehen, dass Israel sofort 14 Bedingungen an die Strassenkarte geknüpft hatte, die deren Umsetzung unmöglich machen.

Und noch ein Punkt wird in der Debatte um die Siedlungen übersehen: Selbst wenn Israel Phase I der Road Map erfüllen sollte, bliebe alles unangetastet, was von dem Siedlungsprojekt bereits entwickelt wurde – mit massgeblicher amerikanischer Unterstützung entwickelt wurde, damit Israel wertvolles Land hinter der illegalen Mauer (einschliesslich der wichtigsten Wasservorräte der Region) und das Jordantal übernehmen kann. Der eingekerkerte Rest wird auf diese Weise von den Ausläufern der Infrastruktur/Siedlungen, die bis weit in den Osten hineinragen, zerteilt werden. Nicht erwähnt wurde zudem, dass Israel dabei ist, den Grossraum Jerusalem (Greater Jerusalem) zu übernehmen. Unerwähnt blieb zudem, dass all dies einen Verstoss gegen internationales Recht darstellt. Unerwähnt blieben auch die israelischen Operationen seit 1991, mit denen Israel – erfolgreich – die Trennung der Westbank vom Gazastreifen betrieben hat. Gaza wurde zu einem Gefängnis, in dem ein Überleben kaum noch möglich ist. Dies untergräbt die Hoffnungen auf einen lebensfähigen Palästinenserstaat zuzätzlich.

Druck auf Israel vorwiegend symbolisch

Es gibt einen weiteren Punkt, der nicht vergessen werden sollte. Die Regierung Bush I tat ein klein wenig mehr als nur zu reden, um gegen illegale israelische Siedlungsprojekte vorzugehen – vor allem, indem sie ihnen US-Wirtschaftsbeihilfen vorenthielt. Im Gegensatz hierzu erklärten Offizielle der Obama-Regierung, solche Massnahmen stünden «nicht zur Debatte», und der Druck, der auf Israel ausgeübt werde, um die Road Map zu erfüllen, werde «überwiegend symbolisch» sein. So stand es am 1. Juni in der New York Times (in einem Artikel von Helene Cooper).

Es wäre noch Einiges zu sagen, allerdings würde dies nichts an dem düsteren Bild ändern, das Obama – abgesehen von einigen wenigen abweichenden Anklängen – in seiner vielgepriesenen Rede an die muslimische Welt am 4. Juni in Kairo entworfen hat.

(Quelle: zmag.de. Übersetzt von Andrea Noll, von der Red. gekürzt.)

Interview mit der Revolutionären Vereinigung der Frauen Afghanistans

Katastrophale Lage der Frauen

Die unabhängige Frauenorganisation Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans (RAWA) wurde 1977 gegründet. Sie kämpft für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Afghanistan. RAWA stellte sich sowohl gegen die sowjetische Invasion und Besetzung Afghanistans von 1979 – 1989, als auch gegen die darauf folgenden Regierungen der Mujahedeen und der Taliban, sie unterhielt im Untergrund Schulen für afghanische Mädchen, veröffentlichte eine Zeitschrift und startete humanitäre Projekte.

Ian Sinclair (PeaceNews) sprach mit Mariam Rawi, Mitglied des Komitees für Auslandsbeziehungen der RAWA.

Von Ian Sinclair

Als die USA 2001 in Afghanistan einmarschierten, behauptete Bush, er kämpfe für «Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit». Was ist nach der Meinung von RAWA der Grund für den Einmarsch der Vereinigten Staaten in Afghanistan und das Fortführen der Besetzung?

Die USA marschierten in Afghanistan wegen ihrer geopolitischen, wirtschaftlichen und regionalen strategischen Interessen ein und um das Land in einen starken Militärstützpunkt in der Region zu verwandeln. Da Afghanistan das Herz von Asien ist, würde es als guter Ausgangspunkt für die Kontrolle der umliegenden Länder wie Pakistan, China, Iran und vor allem der zentralasiatischen Republiken dienen. Zusätzlich besetzen sie, als eine Supermacht, Afghanistan weiterhin, um aufsteigende Mächte wie Russland und China zu bekämpfen, die für die USA wirtschaftlich, militärisch und politisch zu immer grösseren Rivalen werden.

Ein weiterer Grund für die Invasion in Afghanistan war, das Milliarden-geschäft mit den Drogen in die Finger zu kriegen. Wie wir in den vergangenen paar Jahren klar sehen konnten, verwandelten die USA und ihre Alliierten Afghanistan in das Opiumzentrum der Welt. Die Opiumproduktion stieg um über 4400 Prozent, 93 Prozent des illegal hergestellten Opiums der Welt kommen aus Afghanistan. Man sagt, dass Drogen, in Geld gerechnet, nach Öl und Waffen als Handelsware an dritter Stelle liegen. Hinter diesem Geschäft stehen grosse Finanzinstitutionen und die Kontrolle der Drogenwege war der US-Regierung sehr wichtig. Nun haben sie ihr Ziel erreicht.

Ausserdem gibt es in Afghanistan grosse Vorkommen an Gas, Kupfer, Eisen und anderen Mineralien und Edelsteinen und die grossen Mächte waren natürlich daran interessiert, diese auszubeuten, wie sie es in armen afrikanischen Ländern tun. In den vergangenen Jahren gab es Bemühungen, unsere natürlichen Ressourcen zu erkunden. Der Geologische Dienst der Vereinigten Staaten (USGS) schätzt, dass im Norden von Afghanistan über einige Provinzen verteilt ungefähr 700 Milliarden Kubikmeter Gas und 300 Millionen Tonnen Öl lagern. Auch das zweitgrösste nicht erschlossene Kupfervorkommen mit schätzungsweise 11 Millionen Tonnen Kupfer befindet sich in unserem Land. Neben der Absicht, die Öl- und Gasvorkommen der zentralasiatischen Republiken durch Afghanistan zu leiten, sind die USA also auch an der Ausbeutung der Ressourcen Afghanistans interessiert.

Der «Krieg gegen den Terror» und die «Befreiung der afghanischen Frauen» waren nur Lügen, um die oben genannten Interessen und viele andere versteckte Absichten der USA in Afghanistan zu verdecken. Die Träume unserer Menschen von Befreiung wurden gleich zu Beginn der Invasion zerstört, als sie sahen, dass die Kriegsverbrecher und Mörder und Vergewaltiger der Nordallianz, die Afghanistan zerstört hatten, von den USA und ihren Verbündeten nach dem Fall des Talibanregimes unterstützt und wieder an die Macht ge-

bracht wurden. Als berühmte Kriminelle von den USA als Freiheitshelden dekoriert und an die Macht gebracht wurden, wussten alle, dass Afghanistan wieder einmal der Mittelpunkt eines Schachspiels der USA und ihrer Verbündeten geworden war, die die Slogans «Demokratie» und «Menschenrechte» für unsere Nation zu schmerzlichen Witzen werden liessen.

Nur Kosmetik

Können Sie beschreiben, wie das Leben der Frauen in Afghanistan heute aussieht? Ist es besser oder schlechter als das Leben unter der Regierung der Taliban?

Trotz dem Brimborium über «Frauenrechte» und die «Befreiung der afghanischen Frauen» ist die Lage der Frauenrechte in Afghanistan immer noch eine Katastrophe.

Es gibt keine fühlbare Veränderung in den Lebensbedingungen der afghanischen Frauen, in bestimmten Teilen des Landes ist das Leben schlimmer als unter den Taliban. Die Zahl der Entführungen, Vergewaltigungen, verkauften jungen Mädchen, Zwangsehen, Säureangriffen, Prostitution und Selbstverbrennungen von jungen Mädchen und Frauen hat Rekordhöhen erreicht, selbst verglichen mit dem Talibanregime.

Aufgründ von Zwangsehen und häuslicher Gewalt ist die Selbstverbrennung von Frauen zwischen 18 und 35 Jahren in Afghanistan zur Epidemie geworden. Es gab hunderte solcher Fälle, vor allem in den Provinzen Herat, Farah, Ghorund Badghis. Wo es kein Recht gibt und keine juristische Unterstützung für Frauen, haben sie keine andere Wahl, als sich selbst zu verbrennen, um ihrem Elend zu entkommen.

Wegen der grossen Armut, von der über 80 Prozent der Bevölkerung Afghanistans betroffen sind, ist das Leben für unzählige Kriegswitwen und arme Frauen eine Katastrophe und in vielen Gegenden Afghanistans sind Prostitution und auf der Strasse betteln auf ein nie da gewesenes Ausmass angestiegen. Es gibt viele Berichte, dass Eltern gezwungen sind, ihre Kinder zu verkaufen, weil sie sie nicht ernähren können.

In den vergangenen Jahren hat es in Bezug auf Frauenrechte nur einige kosmetische Veränderungen gegeben. Zum Beispiel wurden das Frauenministerium und die 68 weiblichen Parlamentsabgeordneten lauthals als ein grosser Erfolg verkündet. Trotzdem hat das Ministerium nichts getan für die Frauen und funktioniert nur als Schaufenster. Und die meisten der Frauen im Parlament sind für die Kriegsherren und können die afghanischen Frauen nicht vertreten, da sie selbst Teil des Problems sind.

Die afghanischen Frauen wurden in den vergangenen sieben Jahren unter der US-Besetzung schwer verraten. Ihr Elend wurde dazu benutzt, die Besetzung Afghanistans zu rechtfertigen, aber es wurden keine Schritte unternommen, ihre Wunden zu heilen. Vielmehr wurden die schlimmsten Gegner der Frauenrechte gestärkt, unterstützt und auf Schlüsselposten gesetzt.

Wenn die Kriegsherren, Taliban, Drogenbarone, Besatzungskräfte und eine korrupte Marionetten- und Ma-

fiaregierung wie ein Schatten über dem ganzen Land lasten, wie können da seine Frauen in den Genuss der grundlegendsten Rechte kommen?

Komplizen des Terrors

Barack Obama, der neue Präsident der Vereinigten Staaten, hat sich zu einer «Woge» in Afghanistan verpflichtet, das heisst, die Truppen werden um 30000 Soldaten aufgestockt. Wird das von RAWA unterstützt?

Wenn man Obamas Plan für Afghanistan betrachtet, kann man klar erkennen, dass es für unser Land keinen Unterschied zwischen Obama und Bush gibt. Beide verfolgen eine falsche und verheerende Strategie, die Afghanistan und die Region bisher in Richtung Katastrophe und schlimmere Konflikte gedrängt hat.

Selbst wenn die USA Hunderttausende von Soldaten in Afghanistan stationieren, werden diese nicht hier sein, um «Frieden», Freiheit» und «Demokratie» für das Volk von Afghanistan zu bringen. Sie werden nur den US-Interessen in der Region dienen und den Kriegsfürsten, Drogenbaronen und anderen US-Agenten helfen, die in unserem Land an der Macht sind, aber für unser leidendes, von Krieg heimgesuchtes Volk wird das ein sehr schlechtes Ende haben.

Viele Leute in Afghanistan verlangen einen Truppenrückzug; sie betrachten die Truppen als nutzlos, um etwas Gutes für Afghanistan zu bewirken. Die Truppenerhöhung wird zu einem Anstieg der Proteste gegen die USA und die Nato in Afghanistan führen und wird, als Reaktion auf die Besatzungstruppen und ihre Miss-handlungen, mehr Menschen den Taliban und anderen terroristischen Gruppen in die Arme treiben.

Der Truppenanstieg wird den Aufständischen auch als Vorwand dienen, ihre Operationen und Angriffe zu verstärken, was wiederum den Konflikt in Afghanistan verschärfen wird.

Unserer Meinung nach dienen die 30000 zusätzlichen Soldaten nämlich nur der Strategie der USA in der Region, Afghanistan zu ihrem Militärstützpunkt zu machen – sie werden entgegen ihrer Behauptungen nichts zum Kampf gegen die terroristischen Gruppen beitragen.

Es ist nun ein offenes Geheimnis, dass die USA nicht am Kampf gegen die Terroristen interessiert sind. Es gibt sogar den Verdacht, dass die ausländischen Truppen Vorräte und Waffen an die Taliban liefern. Im März berichteten die afghanischen Medien und die lokale Verwaltung des Bezirks Arghandab in der Provinz Zabul, dass NATO-Helikopter drei grosse Container voller Hilfsgüter und Munition für einen Taliban-Kommandanten abgeworfen haben. In einem weiteren Zug wurde der kriminelle Taliban-Kommandant Mullah Abdul Salam, verantwortlich für ein Massaker im Jahr 1998, zum Gouverneur des Bezirks Musa Quala in der Provinz Helmand ernannt, der Region mit dem grössten Opiumanbau der Welt.

Vor ein paar Monaten wurde Ghairat Baheer, ein berühmter Terrorist aus Gubuddin Hekmatyars Partei, aus dem US-Gefängnis auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram entlassen. Jüngste Medienberichte deckten auf, dass er geheime Gespräche führt, um den Weg für eine Teilung der Macht mit Hekmatyar frei zu machen, der auf der Terroristenliste der USA steht. Gemäss Informationen, die Al Jazeera zugänglich gemacht wurden, soll Hekmatyar Asyl in Saudi-Arabien angeboten werden. Danach dürfte er mit Schutz vor Strafverfolgung nach Afghanistan zurückkehren.

Das sind nur ein paar Beispiele, die die Doppelmoral der USA in Bezug

auf gefährliche terroristische Banden zeigen: immer wenn die Terroristen sich bereit erklären, in Übereinstimmung mit der Politik zu USA zu handeln, werden sie als Freunde derselben betrachtet, egal, wie viele Verbrechen und Brutalitäten sie gegen afghanische Menschen begangen haben und weiterhin begehen.

Welche Lösungen zur Beendigung der Kämpfe in Afghanistan schlägt RAWA vor?

RAWA ist der festen Überzeugung, dass der Rückzug der ausländischen Truppen der erste Schritt sein sollte, da heute, trotz der Anwesenheit Tausender ausländischer Soldaten in Afghanistan aus vielen Ländern, die Mehrheit unseres Volkes unter Unsicherheit, Tötungen, Entführungen, Arbeitslosigkeit, unter Vergewaltigung, Säureangriffen auf Schulmädchen, Hunger, Gesetzlosigkeit, unter eingeschränkter Redefreiheit und vielen anderen schrecklichen Desastern leidet. Friede, Sicherheit, Demokratie und Unabhängigkeit können nur von uns selbst erreicht werden. Wir sind verantwortlich dafür, uns als Alternative zur Besetzung zu vereinen, uns zu

erheben, Widerstand zu leisten und unser Volk zu organisieren.

Die Menschen in Afghanistan sind ihre gegenwärtige Lage zutiefst leid und sind im Begriff, sich dagegen zu erheben. Trotz Drohungen und Terror gab es schon in einer Reihe von Provinzen in Afghanistan Proteste und Erhebungen. Ohne Zweifel wird sich diese Welle in Zukunft beschleunigen. Mit dem Entstehen einer dritten Bewegung, deren Slogan «Weder Besetzung noch Taliban – Freiheit und Demokratie» ist, werden sich die Menschen in Afghanistan erheben, um aus eigener Kraft ihre Rechte zu bekommen. Das ist zwar ein langer und schmerzlicher Prozess, aber die einzige Option, um Afghanistan zu Frieden und Wohlstand zu führen.

Ian Sinclair kommt aus London und schreibt Artikel, Buchrezensionen, Buchkritiken, Musikkritiken und macht Interviews für Publikationen wie Morning Star, Peace News, Winnipeg Free Press, Columbia Journal, Tribune, The Big Issue und London Tourdates.

Quelle: Peace News/zmag.de. Übersetzt von Eva-Maria Bach, von der Redaktion gekürzt.



Geballte Kraft der Unterdrücker: Peruanische Polizei schießt auf demonstrierende Indígenas.

Massaker gegen Indígenas in Peru

Opfer der Multis

Anfangs Juni massakrierten peruanische Polizisten und Militärs Bewohner des Regenwaldes, die gegen die Ausbeutung und Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt durch ausländische Konzerne demonstriert hatten. Perus Präsident Alan García meinte inzwischen, diese Indígenas seien ohnehin keine «Bürger erster Klasse».

Von Ingo Niebel

Nach dem Massaker an protestierenden Indígenas vom 5. Juni 2009 in Bagua (Nordperu) hat sich deren Anführer Alberto Pizango in die nicaraguanische Botschaft geflüchtet. Nicaraguanische Regierung hat ihre Botschaft in Lima angewiesen, dem politischen Aktivisten diplomatisches Asyl zu gewähren.

Die peruanische Justiz hat Pizango zur Fahndung ausgeschrieben, weil sie ihn als Anführer und Hauptverantwortlichen der jüngsten Proteste betrachtet. Der Aktivist leitet die Asociación Interétnica de Defensa de la Selva Peruana (Aidesep). Die Interethnische Vereinigung zur Verteidigung des Peruanischen Urwaldes wollte mit ihren Protesten erreichen, dass das Parlament ein Gesetzespaket zurücknimmt, das die Rechte und den Lebensraum der Indígenas beschneidet. Es handelt sich um neun Dekrete, die Teil des Freihandelsabkommens sind, das Peru mit den USA geschlossen hat. Nach der neuen Gesetzeslage können transnationale Konzerne tief in das indigene Siedlungsgebiet vordringen, um die dortigen Bodenschätze auszubeuten. Die logische Folge wäre eine weitere Rodung grosser Teile des Regenwaldes und die Vertreibung der Indígenas aus ihren angestammten Gebieten. 5000 Betroffene, die in 60 Stämmen organisiert sind,

haben öffentlich die Rücknahme der Dekrete gefordert.

Die Protestaktionen begannen am 9. April und gipfelten in einer Strassenblockade am 5. Juni. Die Regierung von Präsident Alan García liess die Demonstranten zusammenschliessen. Es gab mindestens 40 Tote und 90 Verletzte. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission verurteilte am Montag den «Genozid an den Indígenas» und verlangt von der peruanischen Exekutive eine «gerichtliche Aufklärung der Gewalttaten» und dass ihre Konsequenzen gesühnt werden.

Perus Staatschef García verteidigte das Vorgehen seiner Sicherheitskräfte. Über die Protestierenden sagte er: «Diese Leute sind keine Bürger erster Klasse. Was haben die 400000 Eingeborenen 28 Millionen Peruaner zu sagen: 'Sie haben kein Recht hierher zu kommen'? Überhaupt nicht! Das wäre ein absolut schwerer Irrtum. Wer so denkt, wird uns in die Irrationalität führen und zum primitiven Rückschritt.» Indirekt machte García Venezuela für den Gewaltausbruch verantwortlich. Die Bolivarianische Regierung von Präsident Hugo Chávez verurteilte das Massaker. Peru gilt neben Kolumbien als die letzte Bastion der USA im vorwiegend linksregierten Südamerika.

(Quelle amerika21.de)

Auch nach den Jubelfeiern

Stoppt die NATO!

Die beiden jüngsten NATO-Kriege in Afghanistan und Irak haben allein weit über eine Million zivile Todesopfer gefordert, die Millionen zu körperlichen oder seelischen Krüppeln geschossenen Menschen, die Abermillionen Flüchtlinge nicht mitgezählt. Alles für «Demokratie und Menschenrechte»? Und natürlich für die freie Marktwirtschaft, «American style».

Von Rainer Rupp

Immer wieder hört man die Eliten der NATO die erhabenen westlichen Werte beschwören, welche die NATO angeblich verteidigen will. Wenn es aber in NATO-Mitgliedsländern zu Repressionen gegen die Bevölkerung kommt, bei denen diese Werte mit Füßen getreten werden, oder wenn es zu Interventionen gegen andere Länder kommt, zu Unterdrückung, Angriffskriegen, Folter, dann wird geflissentlich weggeschaut.

Wenn das Bündnis diese Handlungen stillschweigend billigt und keine Sanktionen gegen schuldige Mitgliedstaaten verhängt, müssen Verstöße einzelner Mitgliedstaaten gegen die «Grundwerte» der NATO jedoch dem Bündnis insgesamt zugeschrieben werden.

Sachwalterin des Kapitals

Angeblich wurde die NATO 1949 gegründet zur Verteidigung der «Frieden und Freiheit liebenden» westlichen Nationen gegen eine sowjetische Aggression. Dass dies nur ein Vorwand war, müsste jedem spätestens nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrags klar geworden sein: die NATO löste sich nämlich nicht auf. Stattdessen brach sie den ersten europäischen Krieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Zaun.

Tatsächlich war der NATO von Anfang an die Aufgabe zugeordnet, als Sachwalterin der westlichen Kapitalinteressen zu dienen, sowohl nach innen wie nach aussen.

Die Hauptpropagandisten der NATO, die USA und England, zeigten bereits 1946 ihr wahres Gesicht und mischten sich auf Seiten der Monarchisten gegen die linke Volksfront in den Bürgerkrieg in Griechenland ein (1946–1949). Als der Krieg 1947 für London zu teuer wurde, übernahmen die USA die Unterstützung der Reaktionen.

Mit Massakern und Massenvertreibungen wurden die linken Kräfte trotz der grossen Unterstützung der Bevölkerung schliesslich vernichtend geschlagen. Die Überlebenden, die den grausamen Gefängnislagern entgingen, flohen ins Exil in die osteuropäischen Volksrepubliken. Wie heute einwandfrei belegt ist, existierte die angebliche materielle Unterstützung durch die Sowjetunion für die griechischen Sozialisten und Kommunisten nur in der Propaganda der Westmächte.

Um auch Italien für das westliche Kapital zu sichern, setzten die Westmächte, insbesondere die USA, alles daran, die starken antifaschistischen Kräfte dort niederzuringen, wenn auch weniger blutig als in Griechenland.

Mit Demokratie nichts am Hut

Mit Demokratie und Menschenrechten hatte die NATO damals so wenig im Sinn wie heute, ausser in ihrer Propaganda. Die langjährige NATO-Mitgliedschaft von faschistischen Diktaturen (Portugal, Griechenland), von Putschgenerälen (Türkei) und Kolonialstaaten (Frankreich mit Algerien und Indochina, Englands Angriff gegen Ägypten, Suez-Krise), die enge Zusammenarbeit mit faschistischen oder anderen Diktaturen ausserhalb der NATO (Spanien), die Bereitschaft, sogar Terror gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen (Gladio, vgl.

Daniele Ganser), all dies spricht eine deutliche Sprache, die ganz im Gegensatz steht zu den offiziellen Erklärungen der NATO-Eliten.

Zwecks neoliberaler Neuordnung Osteuropas nutzten diese den Wegfall der Gegenmacht Sowjetunion, um

der Region. Um Zentralasien zu dominieren, müssen erstens die Zugänge durch den Kaukasus und Afghanistan gesichert, zweitens die lokalen Regierungen gefügig gemacht und drittens Russland geschwächt werden.

Genau diese Ziele verfolgen NATO und EU in dieser Region mit solch harmlos klingenden Programmen wie «NATO-Partnerschaft für den Frieden» oder das im Mai letzten Jahres von der EU aufgelegte «Eastern Partnership» (Östliche Partnerschaft).

Aber auch mit präziser militärischer Planung wollen sie ihren Zielen näher kommen. Mit der durch die «Osterweiterung» bereits vollzogenen Schwerpunktverlagerung nach Osten

seitig ergänzen und verstärken können. Und hier meine ich Gebiete wie ... den Kaukasus und Zentralasien» (NATO International, 31.3.2005)

Nicholas Burns, Staatssekretär im US-Aussenministerium, zuvor US-Botschafter bei der NATO, begrüßte den Appell des NATO-Generalsekretärs und unterstrich seinerseits, «dass das NATO-Bündnis und die EU ihre Kooperation verstärken müssen, um jenseits der NATO-Grenzen in Europa, Afrika und Zentralasien für Sicherheit zu sorgen.» (AP, 26.5.2005)

In diesem Reigen darf natürlich auch ein deutscher Verteidigungsminister nicht fehlen. Peter Struck unterstrich die zunehmend enge Zusam-

Zurück in die Zukunft

Die Aufteilung der Welt unter den führenden westlichen Nationen zeigt, dass seit dem Untergang des real existierenden Sozialismus 1991 eine konservative Restauration stattgefunden hat, die direkt ins 19. Jahrhundert, ins Zeitalter der Expansion des Kolonialismus zurückführt.

Heute erkennt man in dem Verhalten der herrschenden Klasse den gleichen kolonialen Hochmut wie damals, die gleiche Herrenmentalität, die gleiche Arroganz, mit der verbrieft Rechte der anderen in den Dreck getreten werden und die gleiche Kanonenbootpolitik, mit der «widerspenstige Eingeborene» zusammengeschossen werden.

Um zu demonstrieren, wie sehr die Vergangenheit bereits wieder Gegenwart geworden ist, sei hier aus einem Artikel in der Londoner Times vom Juni letzten Jahres zitiert. Geschrieben wurde er vom ehemaligen britischen Verteidigungsminister und späteren NATO-Generalsekretär (1999–2004) Lord George Robertson und dem ehemaligen Hohen Kommissar der EU für Bosnien Lord Paddy Ashdown, der jüngst als Koordinator für die EU und NATO in Afghanistan im Gespräch war. «Die multilaterale Kooperation auf europäischer Ebene muss – um ernst genommen zu werden – vermehrt die Kooperation auf militärischem Gebiet einschliessen. Die Anstrengungen zur Schaffung europäischer Kampfverbände müssen vermehrt und voll kompatibel mit den NATO-Reaktionskräften gemacht werden, um so eine Basis für eine europäische Fähigkeit zur Aufstandsbe-kämpfung zu schaffen, die imstande ist, in zerfallenden Staaten (failed states) und ähnlichen Umfeldern zu operieren.» (The Times, 12.6.2008)

Dieses an die westlichen Eliten gerichtete Manifest zur gemeinsamen Rebellenbekämpfung in den Kolonien der neuen Weltordnung fährt mit der Bemerkung fort: «Diese (militärischen Fähigkeiten zur Aufstandsbe-kämpfung) sind unerlässlich, wenn wir gerufen werden, um in irgendwelchen unregierbaren Räumen, welche durch die Globalisierung geschaffen wurden, die staatliche Autorität wieder herzustellen.»

Die von NATO/EU/USA vertretene neoliberale Weltordnung ist jedoch heute weniger fest etabliert als gestern. Und im Inneren der Allianz zeigen sich zunehmend Widersprüche:

Unterschiedliche Einstellungen zu Russland sorgen für Ärger, auch wegen Washingtons Versuchen, die Länder des «Neuen Europa» für seine Zwecke zu instrumentalisieren, um so die vom «Alten Europa» angestrebte strategische Partnerschaft mit Russland innerhalb der EU zu blockieren.

Zugleich sind die «widerspenstigen Eingeborenen» in Afghanistan für Krisenstimmung in der NATO verantwortlich. Am Hindukusch, auf dem «Friedhof der Imperien», stehen die «Glaubwürdigkeit» und die Zukunft der NATO auf dem Spiel – und damit der Führungsanspruch der Amerikaner über Europa.

Hinzu kommt die derzeitige schwere Krise des Kapitalismus, welche die ideologischen Fundamente des herrschenden neoliberalen Eliten zutiefst erschüttert. Die weitreichenden Folgen lassen sich nur erahnen. «Eine Weltanschauung ist kaputtgegangen», meinte der deutsche Aussenminister Steinmeier am 16. März 2009 und prophezeite: «Nach der Krise wird alles ganz anders sein als vorher».

Und, last but not least, immer mehr, insbesondere junge Menschen durchschauen die Machenschaften der neuen «Heiligen Allianz» und lehnen sich dagegen auf, wie die Kundgebungen in Strassburg, Kehl und Baden-Baden gezeigt haben.

(Zusammenfassung eines Vortrages, den Rainer Rupp am 23. März 2009 in Basel gehalten hat.)



60 Jahre NATO sind sechzig Jahre zuviel: Die starke Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung SFB am Berner Ostermarsch 2009 (Foto zvg.).

1999 gegen Jugoslawien den ersten Angriffskrieg in Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu führen. Inzwischen lässt sich die Zahl der neuen Kriege und Interventionen der NATO rund um den Erdball, meist im Tandem mit der EU, gar nicht mehr überblicken.

Unaufhörlich drängen NATO und EU danach, immer mehr «globale Verantwortung» zu übernehmen, um dort «für Sicherheit» zu sorgen und «die Menschenrechte zu verteidigen». Das passiert ausgerechnet immer in jenen Regionen Afrikas, des Mittleren Ostens und Zentralasiens, wo grosse Reichtümer an Öl, Gas und anderen Rohstoffen nur darauf warten, von westlichen Konzernen «befreit» zu werden.

Aufmarsch gegen Russland

Besondere Beachtung schenkt man den zentralasiatischen Bodenschätzen und der geostrategischen Bedeutung

wird die strategische Ausrichtung der NATO gegen Russland, Zentralasien, und letztlich gegen China immer deutlicher.

Zu leicht gerät auch in Vergessenheit, dass allein in Europa die NATO-Strukturen über ein gewaltiges militärisches Potential bieten: mehr als 20 000 Panzer, 30 000 gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, 20 000 Feldartilleriesysteme, etwa 7 000 taktische Kampfflugzeuge, 2 000 Kampfhelikopter und mehr als 800 Kampfschiffe.

Dieses militärische Potential steht jedoch nicht einfach so herum, sondern wird in den NATO-Kriegen und Interventionen sowie in zahlreichen Manövern ausgiebig getestet. Und diese Manöver rücken immer näher an die russische Grenze heran, von Litauen über Polen, Rumänien bis hin zu Georgien und Aserbaidschan.

NATO, EU und USA ziehen am gleichen Strang

Die Unterscheidung zwischen «böser» NATO und guter «Europäischer Union» ist nicht angebracht. NATO, EU und USA ziehen am gleichen Strang, wenn auch einzelne Länder des «alten Europa» in letzter Zeit versuchen, verstärkt ihre eigenen Interessen gegen die USA-geführte NATO durchzusetzen.

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sagte bereits vor vier Jahren:

«Die NATO und die EU machen ziemlich gute Fortschritte bei der Koordinierung der modernen militärischen Fähigkeiten. Ich bin optimistisch, dass wir unsere Kooperation auf weitere Gebiete ausdehnen können, wo wir gemeinsame Sicherheitsinteressen haben und wo wir uns gegen-

menarbeit zwischen EU und NATO: «Es wäre vollkommen falsch, die Fortschritte der europäischen Verteidigungsfähigkeiten getrennt von den Fortschritten innerhalb der NATO zu sehen.» Denn beide, NATO und EU zusammen, müssten vor dem Hintergrund eines sich schnell wandelnden Sicherheitsumfeldes besser für Einsätze ausserhalb der NATO-Grenzen vorbereitet sein. (Deutsche Welle, 13.4.2005)

Sinn und Zweck dieser Einsätze werden in den verschiedenen Weissbüchern der NATO-Armeen, aber auch im geltenden «Neuen Strategischen Konzept» der NATO hinlänglich beschrieben. Zwar wird wie üblich in diesen Schriften viel mit den Begriffen Menschenrechte, Frieden, Freiheit und Demokratie vernebelt, aber unter dem Strich geht es stets um die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten, und um die Beherrschung geostrategisch wichtiger Positionen rund um die Welt.



Fidel Castro zur neusten «Spionageaffäre»

Lächerliche Antwort auf eine Niederlage

Der 72-jährige ehemalige Mitarbeiter des US-Aussenministeriums, Walter Kendall Myers, und seine 71-jährige Ehefrau Gwendolyn sollen nach Angaben der US-Behörden drei Jahrzehnte lang geheime Informationen an Kuba weitergegeben haben. Laut Washington Post handelt es sich bei Walter Kendall um den Urenkel des Telefon-Erfinders Alexander Graham Bell...

Fidel Castro macht sich über die Verhaftung der beiden US-Bürger zum jetzigen Zeitpunkt so seine Gedanken.

Von Fidel Castro

Als ich gestern abend (5. Juni 2009, die Red.) die Rede von Obama an der muslimischen Universität Kairo genau analysierte, trafen Agenturmeldungen mit der merkwürdigen Information ein, dass zwei über 70 Jahre alte Personen im Ruhestand unter der Anklage festgenommen worden sind, 30 Jahre lang für die kubanische Regierung spioniert zu haben. Fast alle wichtigen westlichen Nachrichtengeneratoren, acht von ihnen, verbreiteten die Nachricht.

24 Stunden nach der Niederlage der US-Diplomatie in der Generalversammlung der OAS publik wurde

Es mutet in der Tat seltsam an dass diese Personen, die angeblich unter Beschattung standen und FBI-Agenten auf den Leim gekrochen sein sollen, nicht vorher verhaftet wurden und warum diese Verhaftung gerade jetzt erfolgt?

Nun wird das Spiel der angeblichen Justiz gegen zwei Personen beginnen, die im Voraus moralisch mit Anschuldigungen zermürbt werden. Anschuldigungen, die das Verhalten jener Ge-

Wenn all das stimmen würde, werde ich nicht aufhören, ihre uneigennützig und mutige Haltung gegenüber Kuba zu bewundern.

Die wahren Risiken

Die Konfrontation mit den Vereinigten Staaten ist ideologisch und hat nichts mit der Sicherheit dieses Landes zu tun. Ebenfalls gestern haben drei Meldungen von Nachrichtengeneratoren über drei Themen informiert, die hingegen sehr viel mit der politischen Moral und der Sicherheit der Vereinigten Staaten zu tun haben.

Die Agentur AFP: «Eine neue Diskussion entbrannte am Freitag, als demokratische Abgeordnete republikanische Oppositionelle beschuldigten, geheime Informationen über Foltertechniken offengelegt zu haben, die bei einer Kongress-Sitzung hinter verschlossenen Türen verbreitet worden waren.

Die Vertreterin von Illinois, Jan Schakowski, erklärte, dass 'alle Welt in der Kommission weiss was eine Anhörung hinter verschlossenen Türen beinhaltet'.

Sie fügte in einer Erklärung hinzu, dass es 'unverantwortlich ist, dass Mitglieder dieser Kommission noch vor Ende die vertrauliche Sitzung verlassen und sich direkt an die Presse gewandt haben.'

Die Agentur AP: «Bundesstaatsanwälte haben einen Mann angeklagt, Drohungen gegen den Präsidenten Barack Obama von sich gegeben zu haben, nachdem er angeblich zu einem Bankangestellten in Utah gesagt habe, seine Mission sei das Töten des Staatschefs.

Daniel James Murrey soll seine Absichten am 27. Mai einem Bankangestellten gegenüber geäußert haben, als er 13 000 Dollar von einem Konto abhob, berichtete die lokale Tageszeitung Salt Lake Tribune am Donnerstag auf ihrer Homepage.

Es ist unbekannt, wo sich der Angeklagte aufhält. Aus einem der Justiz vorgelegten Dokument geht hervor, dass Murray aus New York stammt und vor kurzem in Kalifornien, Utah, Georgia, Oklahoma und eventuell in Texas war.

Der Geheimdienst sagt, dass Murray mindestens acht registrierte Feuerwaffen besitzt, informierte die Zeitung.

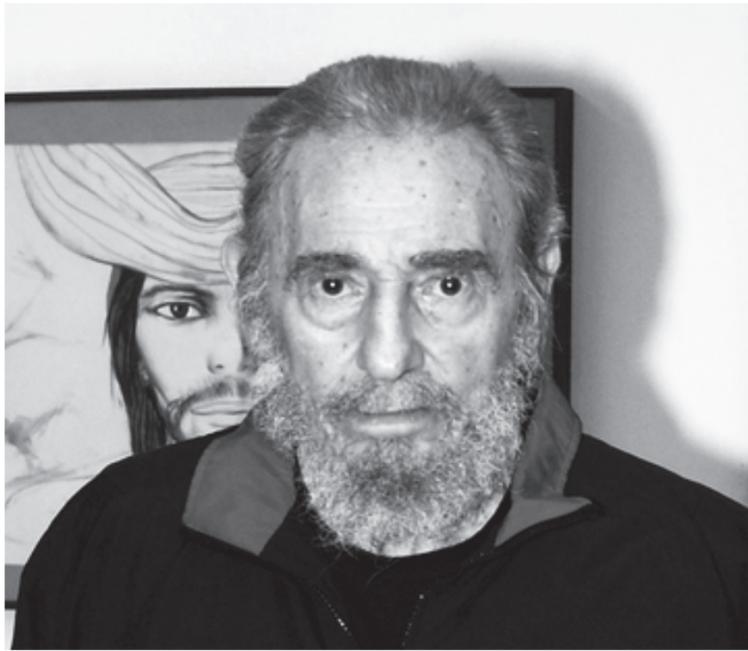
Malcolm Wiley, ein Sprecher des Geheimdienstes in Washington, sagte gegenüber The Associated Press, dass er darüber keine Kommentare abgeben werde.»

Die Agentur AFP: «Sensible US-Militärtechnologie, die zur Fabrikation von Atomwaffen benötigt wird, kann in den Vereinigten Staaten einfach erworben und dann illegal exportiert werden, warnte die Rechnungsprüfung des Kongresses (GAO).

Unter Verwendung eines Tarnunternehmens und mit falschen Identitäten kaufte die GAO sensible Produkte wie Infrarotbrillen, die von den (US-) Truppen im Irak und in Afghanistan verwendet werden, um Nachtziele zu erkennen, Elektroden zur Zündung von Atomwaffen, elektronische Sensoren, die beim handwerklichen Bombenbau benutzt werden, und Chips, die in ferngesteuerten Raketen verwendet werden, schreibt die Institution in einem vor kurzem erschienenen Bericht.»

Bringt dieses dem Markt zur Verfügung gestellte riesige und hochentwickelte Arsenal die Welt etwa nicht an den Rand des Abgrunds?

Erscheint euch allen diese Geschichte von der kubanischen Spionage nicht lächerlich?



Rekonvaleszent aber wach: Fidel Castro schreibt fast täglich eine Kolumne für das Internet-Forum cubadebate.cu, das kubanische «Portal gegen den Medienterror».

Die angeklagten Personen sind Walter Kendall Myers und seine Ehefrau Gwendolyn Steingraber Myers. Es wird angefügt, dass er als Experte für Europa-Angelegenheiten gearbeitet hat, dass sie 1995, vor 14 Jahren, nach Kuba gereist sind und zu diesem Datum durch mich empfangen wurden. Ich habe mich in dieser Zeit aus verschiedenen Gründen mit Tausenden von Nordamerikanern getroffen, einzeln oder in Gruppen, oft mit Gruppen von mehreren Hundert von ihnen, so wie die Studierenden, die im Rahmen des Reiseprojekts Semester am Meer nach Kuba gereist sind, weshalb ich mich kaum an Details eines Treffens mit zwei Personen erinnern könnte.

Die Anklage sagt, dass das Ehepaar zahlreiche Auszeichnungen erhalten habe, räumt aber zugleich ein, dass sie nie Geld oder persönliche Vorteile angestrebt hätten.

Ich für meinen Teil kann versichern, dass wir aufgrund einer Frage von Prinzipien niemals jemanden gefoltert und niemals bezahlt haben, um irgendeine Information zu erhalten. Diejenigen, die in der einen oder anderen Weise dazu beigetragen haben, das Leben kubanischer Bürger vor terroristischen Plänen und den Projekten zur Ermordung ihrer Führungspersönlichkeiten zu schützen, von denen etliche durch diverse US-Administrationen geplant wurden, taten dies aufgrund der Weisungen ihres eigenen Gewissens und verdienen meiner Ansicht nach alle Ehrungen der Welt.

Das merkwürdige ist, dass die Nachricht der Verhaftung gerade Mal

schworen prägen, die über Schuld oder Unschuld entscheiden werden. Mit Sicherheit werden sie nicht die freundliche Behandlung erfahren wie die Terroristen, die von der Regierung dieses Landes angeworben wurden, um ein Flugzeug der Cubana mit allen, die in ihm reisten, zu zerstören und schreckliche Verbrechen gegen unser Volk zu begehen, und die sogar die Gesetze der Vereinigten Staaten verletzen, indem sie zahlreiche kleinere Terrorakte auf ihrem eigenen Gebiet begingen.

Die Kampagne gegen das Ehepaar hat bereits begonnen. Sie werden als Verräter dargestellt, die mit 35 Jahren Gefängnis bestraft werden können, die sie dann bis zu einem Alter von 100 Jahren verbüssen müssen. Die Staatsanwälte können ihre üblichen Manöver anwenden, um politische Ziele zu suchen.

Die ganze Intrige wurde gesponnen, nachdem Obama das Amt als Präsident der Vereinigten Staaten angetreten hat. Vielleicht hat zur Inhaftierung nicht nur die in San Pedro Sula erlittene schwere Niederlage beigetragen, sondern auch die Nachrichten, dass Kontakte zwischen den Regierungen der USA und Kubas über wichtige Themen von beiderseitigem Interesse angeknüpft werden.

Eine Meldung von ANSA informierte bereits, Walter Kendall Myers habe erklärt, er hätte versucht «sehr vorsichtig» zu sein beim Sammeln und Übermitteln der Geheimnisse für Kuba. Andere Publikationen sprechen von einem bei Gwendolyn beschlagnahmten Tagebuch.



Am 27. Juni 2009 in Basel

Solidaritäts-Konzert für die «Miami Fünf»

Zufälle gibt's! Da werden doch kurz vor dem Entscheid des Obersten Gerichtshof der USA über den Fall der «Miami 5» schnell mal zwei US-Bürger nach angeblich dreissigjähriger Agententätigkeit für Kuba «enttarnt» (siehe nebenstehenden Artikel von Fidel Castro). Was auch immer an dieser Geschichte stimmt: Die Verhaftung des Rentnerpaares kommt der US-Regierung unglaublich gelegen. Die Verteidigung der auch als «Cuban Five» bekannt gewordenen und in den USA inhaftierten fünf Kubaner hatte im Januar 2009 nämlich ein Revisionsverfahren beim Supreme Court beantragt (siehe UW 1/2009). Dieser Revision widersetzt sich die neue Mannschaft um Obama und so wird der Oberste Gerichtshof nach Redaktionsschluss dieser UW zwischen der Argumentation der Verteidigung und dem Druck Washingtons entscheiden müssen.

Die «Miami 5» waren Ende 1998 von Agenten der US-Bundespolizei FBI inhaftiert worden. Sie hatten zuvor Gruppen des kubanischen Exils in den USA unterwandert, um Informationen über mögliche Terroranschläge in Kuba nach Havanna zu senden. Die US-Behörden konnten Gerardo Hernández, Ramón Labañino, Antonio Guerrero, Fernando González und René González erst über Informationen ausfindig machen, die ihnen von der kubanische Regierung zur Bekämpfung des Terrorismus ganz offiziell zur Verfügung gestellt worden waren. Die Terror-Gruppen hingegen, die von den USA aus gegen Kuba agieren, blieben unbehelligt.

In den vergangenen Jahren hatte der Fall international für Aufsehen gesorgt, zwei UNO-Gremien hatten sich für ein Revisionsverfahren ausgespro-

chen. Der laufende Revisionsantrag wurde von namhaften Persönlichkeiten, u. a. von Nobelpreisträgern wie Günter Grass unterstützt.

Wie auch immer der Oberste Gerichtshof voraussichtlich am 15. Juni entschieden haben wird: Frei kommen die «Miami 5» auf keinen Fall. Sie erhalten höchstens einen – möglicherweise – faireren Prozess ausserhalb der hasserfüllten, antikubanischen Atmosphäre Miamis.

Solidarität mit den Fünf ist deshalb weiterhin von höchster Dringlichkeit: Der Ruf nach ihrer Befreiung darf nicht nachlassen. In diesen Ruf stimmt auch das kubanische Künstlerduo «Ad Líbitum» aus Havanna ein, das in Basel am Samstag, 27. Juni, ab 19.30 Uhr im Quartiertreff Breite (vis à vis Haltestelle Breite) ein Solidaritätskonzert geben wird.

«Ad Líbitum» wird gebildet aus der mehrfach preisgekrönten Dichterin Maria de las Nieves und dem aus einer Trova-Familie stammenden Sänger Leonel Pérez. In ihrem Programm unter dem spanischen Titel «Si no creyera en la esperanza» (Was wären wir ohne Zuversicht) verarbeiten sie in der Tradition der revolutionären kubanischen Musikkultur sowohl Lieder über die fünf Gefangenen und ihre Angehörigen wie auch Texte aus den Gefängnissen. Mit einer Mischung aus Gedichten, Erzählungen und Gesang wird dem Publikum die Geschichte des Unrechts an den Miami 5 erzählt und die einzelnen Gefangenen und ihre Angehörigen auf sehr persönliche Weise vorgestellt.

«Ad Líbitum» befinden sich den ganzen Juni hindurch in der Schweiz und in Deutschland auf Tournée und geben am 27. Juni in Basel ihr Abschiedskonzert.

Solidaritätskonzert mit «Ad Líbitum»

Samstag, 27. Juni 2009, 19.30 Uhr

Quartiertreff Breite (vis à vis Haltestelle Breite)

Konzertbeginn 20.15 Uhr,

vorher Apéro, nachher lateinamerikanische Spezialitäten.

Eintritt Fr. 10.–/Fr. 15.–

Kuba und die Freiheitskämpfe

Donnerstag, 25. Juni 2009, 18.30 Uhr, Wallstrasse 10, Basel (Nähe Hauptbahnhof)

Richard Frick und René Lechleiter beschreiben die zentrale Rolle Kubas in der Unterstützung der Befreiungsbewegungen der letzten 50 Jahre. Mit einem Beitrag von Isaac R. Torres, Botschafter der Republik Kuba in Bern. Apéro und musikalische Umrahmung durch die Gruppe «Arauco».

ALBA, Neue PdA, PdA Basel 1944, Vereinigung Schweiz-Cuba Basel.

Geschicktere Behördenpropaganda mit TA-Journalistinnen?

Die Lügen des Bundesrates

Nachdem schon die Journalistin Gaby Szöllösy das Tages-Anzeiger-Schiff verlassen hat, geht dort jetzt auch Annetta Bundi von Bord. Beide Journalistinnen heuern beim Bund an. Die Regierung will mit der Anstellung der zwei Top-Journalistinnen wohl nicht nur die Information professionalisieren, sondern in erster Linie die Behördenpropaganda verbessern, um uns Bürger auf die Linie zu bringen.

Von Heinrich Frei

Im Buch zur Pilatus Affäre «L'Affaire Pilatus» von Jean-Maire Pellaux schreibt der Westschweizer Journalist Roger de Diesbach in der Einleitung: «Um seine Sicherheitspolitik zu seiner Rüstungsindustrie im allgemeinen zu verteidigen, im besonderen den Export von Flugzeugen der Firma Pilatus-Oerlikon Bührle, war der Bundesrat bereit zu lügen, machte sich unzusammenhängende Verlautbarungen zu eigen um die öffentliche Meinung zu manipulieren, und ganz klar den Sinn und Geist des Kriegsmaterialgesetzes in undiskutabler Weise zu verletzen, seine Aussenpolitik zu schwächen, in dem er seine Neutralitätspolitik diskreditierte.»

Der Historiker Jean-Maire Pellaux untersucht in der Pilatus Affäre nur die Periode von 1978-1985. («L'affaire Pilatus, les milieux engagés et la Suisse officielle face aux exportations d'armes [1978-1985]», Université de Fribourg, 2008) Heute geht aber die Pilatus Affäre im gleichen Stil weiter, mit dem Segen des Gesamt-Bundesrates, ohne grossen Einspruch der Medien wie früher.

PC-21 im Pulverfass

Kürzlich hat der Schweizer Bundesrat die Ausfuhr von 25 militärisch bewaffneten Trainingsflugzeugen des Typs PC-21 der Stanser Flugzeugwerke in das Pulverfass des Nahen Ostens, nach den Arabischen Emiraten, bewilligt. Der Beschluss des Bundesrates stellt eine krasse Verletzung der neuen Kriegsmaterial-Verordnung dar, welche seit dem 12. Dezember 2008 in Kraft ist. Diese sieht laut Artikel 5 vor, Exporte nicht mehr zu bewilligen, falls im Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden. Neben Menschenrechtsverletzungen in den Arabischen Emirate gilt dieser Staat auch als Waffendrehmaschine: Die Emirate haben in der Vergangenheit bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial nachweislich gegen die so genannte Endverbrauchererklärung verstossen. So haben die Emirate im Jahr 2006 aus der Schweiz gelieferte Panzerhaubitzen illegalerweise an Marokko weitergeliefert, obwohl dieser Staat sich in einer «Nicht-Wiederausfuhr-Erklärung» verpflichtet hatte, diese Panzerhaubitzen nur für den Eigengebrauch zu kaufen.

Was soll trainiert werden?

Auch dem tschadischen Diktator Idriss Déby hat die Schweiz mit dem Segen des Bundesrates Pilatus Flugzeuge «nur zu Trainingszwecken» verkauft, trotz des Bürgerkriegs, der im Gange war. Im Grunde genommen wusste Bern, dass der Tschad diese Apparate nicht für Trainingszwecke kaufte. Denn dieses Regime besass gar keine Kampfflugzeuge, für die die dortigen Militärpiloten auf Propellerflugzeugen hätten üben müssen. Ebensoviele wie viele andere Militär-Kunden der Stanser Flugzeugwerke. Diese Länder brauchen solche Flugzeuge für den Krieg, für die Aufstandsbekämpfung, zum Abwurf von Bomben, zu Beschiessung von Bodenzielen, zur Tötung von Menschen. So wie Diktator Idriss Déby, dessen Pilatus Flugzeuge Clusterbomben auf Rebellen abwarfen. Ohne spezielle Verstärkungen und Aufhängpunkte, die Pilatus einbaut, hätte man im Tschad nicht Bomben und Raketen an

die Flugzeuge hängen können. In früheren Fällen wurden die Aufhängpunkte an Pilatus Flugzeugen im Ausland eingebaut, die Verstärkungen in den Flügeln waren aber schon vorhanden. Ohne die Möglichkeit, Waffen und Bomben zu montieren zu können, hätte Stans die PC-9 gar nicht in den Tschad verkaufen können.

Bekanntes Szenarium

Seit den 70er-Jahren kritisieren Menschenrechts- und Friedensorganisationen, auch entwicklungspolitische und kirchliche Kreise, dass Pilatus-Trainingsflugzeuge in verschiedenen Entwicklungsländern und Krisengebieten nachträglich bewaffnet und dann in militärischen Konflikten zum Einsatz kommen.

Zum Beispiel:

Am 25. September 1989 bestätigte Bundesrat Kaspar Villiger vor dem Nationalrat zum ersten Mal, dass in Guatemala und Burma Pilatus-Flugzeuge gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden.

Am 4. Februar 1993 enthüllte die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) die Mitwirkung von Pilatus Flugzeugtechnikern bei der Bewaffnung von PC-7 und PC-9 Militärtrainern in Burma.

Am 24. August 1993 geben die Pilatus Flugzeugwerke in einem «Weissbuch» zu, dass ihre Trainingsflugzeuge in Angola, Burma, Guatemala und dem Irak gegen unbewaffnete Personen eingesetzt wurden.

Am 16. März 1988 bombardierte die irakische Luftwaffe die Stadt Halabja mit Giftgas. 5000 Menschen starben. Saddam Hussein setzte für diese Giftgaseinsätze Propellerflugzeuge ein, auch Pilatus Flugzeuge aus Stans (siehe etwa Tribune de Genève 14.9.92: Un pilote kurde de Saddam dénonce l'utilisation des Pilatus). Nach der Aussenhandelsstatistik lieferte die Firma Pilatus in Stans dem Irak in den achtziger Jahren 53 PC-7 und 22 PC-9 Flugzeuge, neben den kleineren Bravo Maschinen der Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein. Der Schweizer C-Waffen Spezialist des Bundes, Oberst Imobersteg, forderte damals, nach den Giftgas-Bombardierungen von Halabja, der Stadt Oshnaviyeh und anderer Ortschaften der Kurden, ein Ausfuhrverbot von PC-7 und PC-9 in Spannungsgebiete. Die Schweiz stellte die Flugzeug-

lieferungen nach dem Irak jedoch erst später, auf amerikanischen Druck hin, ein.

Der Tod mischelt mit

Nachdem in Burma gegen Aufständische Pilatus Flugzeuge eingesetzt worden waren, erklärte ein ehemaliger Verkaufsdirektor von Pilatus dem «Nouveau Quotidien»: «Die Mehrheit der exportierten PC-7 ist nicht als Zivilflugzeug eingesetzt, sondern ist systematisch bewaffnet worden, mit oder ohne technische Hilfe der Pilatus Werke.» Es war früher bekannt, dass in den meisten Ländern bei der Unterzeichnung der Pilatus-Kaufverträge auch gleich Vertreter von französischen und belgischen Rüstungsfirmen dabei waren, um die Bewaffnungssysteme für die PC-7 und PC-9 mitzuliefern.

Wo gehobelt wird da fliegen Späne, wer Waffen exportiert riskiert, dass sie eingesetzt werden und dass es Tote gibt. Das ist auch beim Export von helvetischen- Kriegsmaterial so und auch beim Verkauf von Pilatus Flugzeugen an Militärs. Waffenexport ist Beihilfe zum Mord.

Die Schweiz will die Probleme dieser Welt jedoch anscheinend vor allem militärisch lösen, mit Waffenexporten und dem Einsatz von Soldaten im Ausland: Von 2006 – 2008, in zwei Jahren, haben sich die Kriegsmaterialexporte der Schweiz, mit dem Segen des Gesamtbundesrates, mehr als verdoppelt. Sie sind von 397,6 auf 722 Millionen Franken pro Jahr gestiegen (die Pilatus Flugzeuge sind da nicht darunter, weil sie ja eben nicht als Kriegsmaterial gelten). Kunden der Schweizer Todesindustrie waren Staaten, wie die USA und Nato Mitglieder, die weltweit Kriege führen, Kunden waren auch Regime, welche Menschenrechte mit den Füssen treten und Länder, in denen Menschen hungern.

Siehe auch:

Der Pilatus Schwindel, PC-7 und PC-9 im Sturzflug, Mario Poletti, herausgegeben von Terre des Hommes Schweiz und der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW), 1993

Die verschwundene Geschichte, noch ein Pamphlet um die PC-7 und damit zusammenhängende Gegenstände wie Bundesrat, Waffen, Export und ähnliches von Manfred Züfle, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) 1986

Waffenplatz Schweiz, Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffenausfuhr, Herausgeber: Tagungssekretariat «Für das Leben produzieren», Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW), 1983.



Anlässlich der Debatte über die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten im Nationalrat von Mitte März 2009 veranschaulichten GSoA-AktivistInnen auf dem Bundesplatz die Folgen des Geschäfts mit dem Krieg (Foto GSoA).

Waffenausfuhrverbot?



„Liebe Schweizer Stimmbürger, Ihr werdet uns doch nicht plötzlich Eure Unterstützung entziehen wollen?“

Schweizer Waffen stützen Diktatoren. 1972 waren es auf der Karikatur von H. U. Steger der Schah von Persien, General Papadopoulos von Griechenland, General Medici aus Brasilien, Präsident Vorster aus Südafrika und Generalissimo Franco aus Spanien. Die Namen haben sich geändert, die Stützen sind dieselben geblieben. Zeichnung H. U. Steger; in: Nebelspalter, 20.9.1972, mit freundlicher Genehmigung des Karikaturisten. Die von Pazifisten und Drittwelt-Kreisen lancierte Initiative für ein Waffenausfuhr-Verbot, auf welche Steger Bezug nimmt, scheiterte 1972 mit 49,7 % Ja-Anteil nur äusserst knapp. Vermutlich im November erhalten wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Chance, die Waage diesmal auf die andere Seite zu kippen!

Tod made in Switzerland

Schweizer Kleinkiller

Schweizer Ingenieure von hiesigen Universitäten, von Fachhochschulen und der ETH sind an der Entwicklung von neuem, noch perfekter tödendem Kriegsmaterial beteiligt: beim bundeseigenen Rüstungsunternehmen Ruag, bei Rheinmetall in Oerlikon, bei General Dynamic in Kreuzlingen (Mowag), beim Flugzeughersteller Pilatus in Stans usw. Gestern waren Hitler, Mussolini, Pinochet, Saddam Hussein Kunden der Schweizer Kriegsindustrie, heute die USA und NATO-Staaten, die im Irak, in Afghanistan, in Pakistan usw. Krieg führen.

Von Heinrich Frei

Der Waffenexporteur Ruag ist eine 100-prozentige staatliche schweizerische Aktiengesellschaft und, nach eigenen Angaben, Marktführer für kleinkalibrige Munition in Europa, also von Munition für Sturmgewehre, Maschinengewehre, Pistolen usw. Zum Ruag Konzern gehören mittlerweile zwei der bedeutendsten Anbieter von Kleinkalibermunition in Europa: Dynamit Nobel (Deutschland) und Norma Precision AB (Schweden). Die schweizerische Tochterfirma RUAG Amotec fabriziert und exportiert auch diese fürchterlichen Deformations-Geschosse. Diese dum-dum-artige Munition der Firma Ruag pilzt – anders als Vollmantelgeschosse – beim Eindringen in den Körper auf. Dadurch bekommt sie eine grössere Oberfläche und zerstört mehr Gewebe.

Der Technologiekonzern Ruag stärkte kürzlich seine internationale Position im Geschäft der kleinkalibrigen Munition mit dem Kauf der ungarischen Firma MFS 2000. MFS 2000 stellt kleinkalibrige Munition für Armeen, Behörden, den Zivilmarkt sowie zu einem kleinen Anteil für Jagd und Sport her. Das helvetische bundeseigene Rüstungsunternehmen Ruag exportiert Granaten und Munition auch an NATO-Staaten, die am Krieg im Irak und in Afghanistan beteiligt sind. Als neutraler Staat dürfte eine staatliche Firma jedoch kriegführende Staaten nicht mit Rüstungsgütern beliefern. Granaten

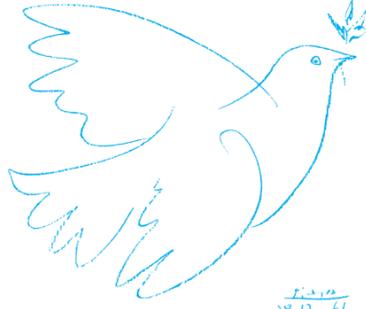
und Munition der Ruag werden auch unter der Zivilbevölkerung Opfer fordern. 80–90 Prozent der Opfer in modernen Kriegen sind heute Zivilpersonen. Sowohl im Irak und in Afghanistan kommt von den dort kämpfenden NATO-Truppen Munition der Ruag zum Einsatz.

Das Wort dem Volk

Im September 2007 wurde die von der Schweizerischen Friedensbewegung mitgetragene und von der GSoA lancierte Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten eingereicht.

Gemäss Initiativtext sollen die Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial – ausgenommenen Geräte zur humanitären Entminung – verboten werden. Dazu gehören auch Technologien, welche für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von Kriegsmaterial dienen können.

Im Parlament hat die Rüstungslobby erwartungsgemäss gesiegt: Die Initiative wird sowohl vom National- wie vom Ständerat ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Zur Volksabstimmung kommt sie möglicherweise im November dieses Jahres. Sorgen wir dafür, dass dazumal die Rüstungsfreaks eine Abfuhr erleiden.



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ, Ort: _____



Nach wie vor hochverehrt: Statue in Ho Chi Minh-City zu Ehren des vietnamesischen Volkshelden «Onkel Ho». Foto: panoramio.com

Börsenbarometer heisst Ho-Chi-Minh-Index

Der kleine Tiger

Vietnam verdrängt das Trauma des Krieges und richtet seine Blicke selbstbewusst in die Zukunft. Fast ein «amerikanischer Traum», aber einer in den Farben des Landes.

Von Peter Richter

«Da drüben», sagt unser kambodschanischer Begleiter Davinn und weist über den Mekong hinaus, «da drüben verlief der Ho-Chi-Minh-Pfad.» Wir sehen eine lang gestreckte grüne Insel in der Mitte des Flusses, weissen Sand am jenseitigen Ufer und dahinter eine rostrote Front dicht an dicht stehender Stämme akkurat gleichgrosser Bäume. Ein friedliches Bild, und man mag kaum glauben, dass hier vor wenigen Jahrzehnten Bomben explodierten, Napalm seine Feuerwalze entfachte und Agent Orange alle verbliebene Vegetation verdorren liess. Selbst in der Trockenzeit ist das Grün am Fluss saftig. «Die Bäume wurden nach dem Krieg gepflanzt», erklärt Davinn, «Kautschuk, der hier sehr gut gedeiht.»

Der Vietnamkrieg, den die Amerikaner auch auf die Nachbarländer ausweiteten, ist nicht vergessen, doch meist hört man weniger Klagen über seine Hinterlassenschaft als Berichte, wie man mit den Folgen fertig wurde. Die Kautschukpflanzungen auf dem einstigen Ho-Chi-Minh-Pfad, von denen hier vor allem Kambodschaner profitieren, wegen des Schmutzels des weissen Harzes über die Grenze, aber auch entsprechende vietnamesische Fabriken, sind nur ein Beispiel dafür.

Bill Gates folgt gleich nach Vo Nguyen Giap

Der Krieg ist Geschichte. Für die seither geborenen Generationen hält die Gegenwart andere Probleme bereit. Auch und gerade in Vietnam, wo man das Trauma der Kriegszeit ver-

drängt, um Kopf und Hände für den täglichen Überlebenskampf frei zu haben.

Ein Spiegelbild dessen ist Ho-Chi-Minh-Stadt. Die einstige Metropole Südviets ist zwar nicht die Hauptstadt des seit 33 Jahren wiedervereinigten Landes, doch mit zehn Millionen Einwohnern – die Peripherie eingeschlossen – ist sie grösste und zugleich wirtschaftsstärkste Stadt. Sie erwirtschaftet ein Drittel des vietnamesischen Haushalts, jede fünfte ausländische Investition in Vietnam wird hier getätigt. Im Strassenbild zeugen davon nicht nur die aus dem Boden schiessenden Hotels mit weltbekannten Namen – von «Hyatt» bis «Sheraton» –, die Luxusmarken der Modebranche auf der Prachtstrasse Dong Khoi, die sich diesbezüglich kaum vom Berliner Kudamm unterscheidet, die Tausenden von kleinen Läden und Werkstätten, die sich nicht nur im Zentrum, sondern auch in den Aussenbezirken dicht an dicht drängen und in denen beinahe rund um die Uhr gearbeitet wird.

Noch deutlicher wird dies an der Geschäftigkeit der Menschen, der Hektik, die sich am eindrucksvollsten im chaotischen, offensichtlich von keinerlei Regeln behinderten Verkehr zeigen. Motorisierte Zweiräder aller Art haben die Fahrrad-Rikschas längst verdrängt und die Zahl der Autos der bekannten internationalen Marken wächst sprunghaft. In den Märkten wird immer noch auf traditionelle Weise gehandelt, doch beschleunigen Computer, Taschenrechner und Mobiltelefone den Warenlauf. Man solle warten und einen Tee trinken, schlagen die Verkäufer vor,

derweil sie ein gewünschtes, aber gerade nicht vorhandenes Produkt herantelefonieren.

Weniger dynamisch scheint auf den ersten Blick das Leben in den Dörfern, in denen die Armut oft noch unübersehbar ins Auge fällt. Doch auch hier wird überall emsig an irgendetwas gearbeitet, etwas hergestellt, verpackt, verkauft. In Cai Be, einer Stadt im Mekong-Delta, kann man auf einer einzigen Strasse sehen, wie Puffreis hergestellt, die hauchdünnen Hüllen der Frühlingsrollen gebacken, Sojasosse vergoren und natürlich Reisschnaps gebrannt wird. Aus dem Meer wird per Boot schmutzig-gelbes Salz herangebracht, in einem Schuppen in grossen Wannen gereinigt, geklärt und getrocknet. Jetzt ist es reinweiss, wird verpackt und auf dem Fluss abtransportiert. All das spielt sich in und um die Wohnhütten ab; dazwischen laufen Hühner, grunzen Schweine, toben Kinder.

Unter den Bohlen der Hausboote auf dem Mekong verbergen sich nicht selten Fischzuchtanlagen. Netze verhindern die Flucht des Schwarms, der etwa acht Monate lang gefüttert wird, ehe die Fische eine Grösse haben, die auf dem Markt Gewinn verspricht.

Das Durchschnittsalter der Vietnamesen beträgt 25,9 Jahre, drei Fünftel sind jünger als 27 und damit lange nach Kriegsende geboren. Für ihr Leben spielt der Krieg ihrer Grosseltern kaum eine Rolle. Sie nennen Ho-Chi-Minh-Stadt natürlich Saigon und orientieren sich an den Idolen abendländischer Popkultur, nicht anders als ihre Altersgenossen fast überall in der Welt. Bei einer Umfrage nach den für sie bedeutendsten Personen kam Microsoft-Gründer Bill Gates auf Platz 3 – knapp hinter Ho Chi Minh und dem legendären General Vo Nguyen Giap.

Der einstige Kriegsgegner, die USA, ist für viele Vietnamesen inzwischen fast ein Land wie jedes andere. Zwar gibt es in Ho-Chi-Minh-Stadt ein Kriegsmuseum, das die Verbrechen der US-Amerikaner dokumentiert, und 70 Kilometer nordwestlich kann in Cu Chi das legendäre Tunnelssystem der vietnamesischen Volksarmee besichtigt werden, doch zieht es dorthin vor allem Ausländer. Damit sie ein Stück unter der Erde entlangkriechen können, wurden extra die Tunnel erweitert, und an einem Schiessstand kostet es nur einige Dollars, um mit der Kalaschnikow zu ballern oder eine Panzerfaust abzuschissen.

Nicht der frühere Feind USA interessiert heute zuerst, sondern die ökonomische und technologische Weltmacht. Ihr will man auf möglichst gleicher Augenhöhe entgegentreten. Und auf diesem Weg ist Vietnam schon ein ganzes Stück vorangekommen. Das Wirtschaftswachstum lag in diesem Jahrzehnt ziemlich stabil um acht Prozent, wird allerdings 2009 nur noch 3 Prozent erreichen. Vietnam ist der zweitgrösste Reisexporteur der Welt und liegt auch bei Pfeffer und Kaffee weit vorn. Textilindustrie und Fischwirtschaft expandierten, müssen aber derzeit mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise kämpfen. So wurde auch die Armut reduziert. Vor zwanzig Jahren verfügte noch jeder

zweite nur über einen Dollar Einkommen pro Tag, jetzt vielleicht noch jeder Zehnte. Ein Problem bleibt die Inflation, die im vorigen Jahr zeitweise auf über 25 Prozent stieg.

Der Ehrgeiz eines kleinen Tigers

Die vietnamesische Geschäftigkeit entspringt dem Ehrgeiz, sich möglichst bald in die entwickelten Länder einzureihen. Man zählt sich schon zu den – wenn auch kleineren – «Tigerstaaten». Dabei achtet die noch immer herrschende, sich aber – anders als im benachbarten Kambodscha – kaum im Strassenbild präsentierende Kommunistische Partei mit ihren 450 von 493 Sitzen der Nationalversammlung sorgsam auf die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes. Zwar wurden die Bedingungen für ausländische Investoren gelockert, aber oftmals behält sich die Regierung das letzte Wort im Genehmigungsprozess vor. Ähnlich wie in China sichert sie die politische Kontrolle über die ökonomischen Vorgänge – auch und gerade gegenüber den USA.

Das nervt zwar manchen der dynamischen Jungunternehmer, die sich nicht selten als eine Art «Ein-Familien-AG» entpuppen, findet aber in der Bevölkerung allgemein Zustimmung. Wie auch die Verehrung Ho Chi Minhs, dessen Konterfei man überall im Strassenbild findet. Auch im Postamt der nach ihm benannten Stadt, das unter französischer Kolonialherrschaft von Gustave Eiffel gebaut



Untrennbar verbunden mit der 60jährigen Geschichte der Schweizerischen Friedensbewegung: Die Solidarität mit Vietnam (Sammelaktion der SFB aus den siebziger Jahren).

und jetzt detailgetreu rekonstruiert wurde – mit einem wichtigen Zusatz: einem riesigen Bild des Volkshelden in der Schalterhalle. Selbst USA-Präsident Bush musste bei seinem Vietnambesuch anlässlich des APEC-Gipfels 2006 unter einer überlebensgrossen Bronzestatue Ho Chi Minhs Platz nehmen. Und auch die Saigoner Börsenjobber unterwerfen sich patriotischem Pragmatismus – indem sie sich bei ihren Geschäften am «Ho-Chi-Minh-Index» orientieren. (Quelle: ND)



Der weltbekannte Schweizer Künstler Hans Erni, dessen 100. Geburtstag wir kürzlich feiern konnten, schuf diese Friedenstauben 1960 als Hommage an die Friedensbewegung. Die original Farblithographie ist im Stein signiert und wurde in 125 nummerierten Exemplaren auf Arches-Velin gedruckt. Das 56 x 76 cm grosse Werk Ernits, das er dem französischen Mouvement de la Paix zur Verfügung stellte, kann zum Preis von Fr. 150.– bei der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, 4001 Basel bezogen werden (Berücksichtigung nach Bestellungseingang).

60 Jahre SFB

Am 19. September 2009 werden wir in Basel den 60. Geburtstag der Schweizerischen Friedensbewegung feiern. Mit verschiedenen Rede- und Filmbeiträgen, Diskussionen und Musik wollen wir 60 Jahre Kampf für Frieden und Solidarität unter den Völkern Revue passieren lassen.

Merken Sie sich bereits jetzt das Datum. Genauere Angaben zum Programm werden in der nächsten UW veröffentlicht.